Nr. 425 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 212

Morgenausgabe

250 000 Mk.

Bezugspreis:
Vom 9.–15. Sept. 2 Millionen Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 9.–15. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich u. Luxemburg 2 500 000 M., für das übrige Ausland 2 750 000 M. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 800 000 M. Reklamezeile 4 000 000 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 200 000 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 100 000 M. Stellengesuche das erste Wort 100 000 M., jedes weitere Wort 80 000 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 80 000 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292–295 Verlag: Dönhoff 2506–2507

Mittwoch, den 12. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Weitere Eingriffe in den Devisenverkehr

Gemäß der Verordnung vom 8. Mai 1923, die eine wesentliche Ergänzung der früheren Bestimmungen zur Bekämpfung der Devisenspekulation darstellt, dürfen Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung nur von Devisenbanken oder durch deren Vermittlung erworben werden. Der Kreis dieser Devisenbanken war bisher sehr weit gezogen. § 1 Abs. 1 der Verordnung bestimmte, daß als Devisenbanken anzusehen sind Banken,

„die gemäß den jeweils geltenden Vorschriften der Kapitalfluchtgesetzgebung Depot- und Depositengeschäfte geschäftsmäßig betreiben dürfen, im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen sind" und die in ihrem Wirkungsbereich liegende Börse regelmäßig besuchen lassen.

Um nun die Bestrebungen zur Kontrolle des Devisenverkehrs durchführen zu können und die Devisenerfassung zu erleichtern, hat der Devisenkommissar eine Verordnung erlassen, die den Kreis der Devisenbanken erheblich einschränkt. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des § 24 der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten über Devisenerfassung vom 7. September 1923 (RGBl. I S. 863) verordne ich:

§ 1 Abs. 1 der Verordnung auf Grund des Notgesetzes (Maßnahmen gegen die Valutaspekulation) vom 8. Mai 1923 (RGBl. I S. 275) wird außer Kraft gesetzt. Die auf Grund des § 1 Abs. 1 Satz 2 dieser Verordnung durch die oberste Landesbehörde im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister als Devisenbanken zugelassenen Personen oder Personenvereinigungen hören auf, Devisenbanken zu sein.

Devisenbanken im Sinne der Devisengesetzgebung sind die Banken, Bankiers oder deren Zweigniederlassungen, die Mitglied der an ihrem Sitz befindlichen Abrechnungsstelle der Reichsbank sind.

Die oberste Landesbehörde kann im Einvernehmen mit dem Kommissar für Devisenerfassung weitere Banken und Bankiers als Devisenbanken zulassen.

Devisenbanken, die nicht Mitglied einer Abrechnungsstelle der Reichsbank sind, dürfen ihre laufenden Geschäfte mit Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung bis zum 30. September 1923 abwickeln.

Berlin, den 11. September 1923.

Der Kommissar für Devisenerfassung.

Die Ausnahmen, welche die Verordnung vorsieht, sind zugelassen, um kleinere Orte mit hoher industrieller Entwicklung nicht zu benachteiligen.

Die Einschränkung der Devisenbanken verfolgt hauptsächlich den Zweck, den Devisenmarkt durchsichtiger zu machen und die jetzt noch sehr schwerfällige Kontrolle zu vereinfachen. Bisher waren es 5000 Banken, welche ständig über ihre Devisengeschäfte an die Devisenbeschaffungsstelle zu berichten hatten. Jetzt wird der Kreis dieser Banken auf dreihundert Institute, also in der Hauptsache auf die größeren verringert.

Außerdem will der Devisenkommissar die Börsen von gewissen unlauteren Elementen befreien. In Berlin ist damit bereits begonnen worden. Ferner beabsichtigt er, die Banken zur weitgehendsten Auskunft heranzuziehen und vor allen Dingen eine scharfe Nachprüfung der berüchtigten Handelskammerbescheinigungen vorzunehmen. Er ist schließlich auch gewillt, zu radikalen und überraschenden Mitteln zu greifen, über deren Art jedoch vorläufig noch Schweigen geboten ist, um sie in ihrer Auswirkung nicht zu stören.

Anmeldepflicht für Edelmetalle.

Der Kommissar für Devisenerfassung in Berlin erläßt auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 7. September 1923 eine Bekanntmachung, wonach der Eigentümer von Edelmetallen und deren Legierungen die am 12. September, vormittags 8 Uhr, im eigenen und im fremden Gewahrsam (auch auf dem Transport) befindlichen oder bei ihm unter Zollverschluß gehaltenen Bestände bis zum 21. September anzumelden hat.

Der Anmeldepflicht unterliegen alle Edelmetalle (Silber, Gold, Platin und Platinmetalle) und deren Legierungen in Form von Münzen sowie Rohmetallen in jeder Form, Halbfabrikate (Drähte, Bleche, Stangen, Röhren), ferner Bruch und Abfälle.

Nicht anzumelden sind Gegenstände aus Gold- und Silber-Doublé sowie Fertigwaren aus den genannten Edelmetallen sowohl im Privat- wie im Händlerbesitz (Familiensilber usw.).

Hilferding über die Goldnotenbank.

Der Reichsfinanzminister wird am Mittwoch im währungspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates eine Erklärung über die Gründung der Goldnotenbank abgeben. Diese Erklärung dürfte im wesentlichen Wert auf die Feststellung legen, daß neben der zu schaffenden Goldnote auch die Papiermarkwährung weiter bestehen bleibt und zu ihrer Stützung die durch den Devisenkommissar zu beschaffenden Devisen benutzt werden sollen.

Die Mark in New York.

Arbeit für den Devisenkommissar.

In welchem Maße das verbrecherische Treiben mit der Mark trotz aller Ueberwachungsbestimmungen noch immer anhält, zeigt auch die gestrige Kursgestaltung der Mark in Berlin und im Ausland. Während in Berlin der Dollar mit 66 Millionen Mark amtlich notiert wurde, wurden im Freiverkehr nach der Börse bereits wieder wesentlich höhere Kurse genannt, und zwar sprach man den Dollar mit 90 bis 100 Millionen Mark. Während also hier wieder eine Kurstreiberei der fremden Devisen im großen Stil im Gange ist, stimmte der gestrige New Yorker Schlußkurs der Mark ungefähr mit der Berliner Notierung überein. Umgerechnet auf Berliner Parität zahlte man nach dem Geldkurs in New York 66,6 Millionen Mark, nach dem Briefkurs 57,14 Millionen Mark. Der Devisenkommissar sollte den Urhebern der Devisentreiberei in Deutschland mit größter Entschiedenheit auf den Leib rücken.

Das Thüringer Beispiel.

Einheitsfront zwischen Kommunisten und Bürgerlichen.

Weimar, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag vormittag trat der thüringische Landtag zur Beratung der von den bürgerlichen Parteien und der Kommunistischen Partei gegen die Regierung eingebrachten Mißtrauensvoten zusammen. Nach mehrstündiger Debatte, die sich bis 7 Uhr abends hinzog, wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten dem Kabinett das Mißtrauensvotum erteilt. Hierauf nahm der Minister Fröhlich das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Nachdem die Abstimmung eine Mehrheit für die Entziehung des Vertrauens der Regierung ergeben hat, und damit die Vorbedingungen des § 39 der Verfassung erfüllt sind, habe ich namens der Regierung zu erklären: Die Regierung tritt zurück und sie wird gemäß der Bestimmung des § 42 Abs. 2 die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterführen. Ich bitte aber darum, daß die Bildung der neuen Regierung alsbald erfolgt. Angesichts der politischen Lage ist das notwendig; es kann keine Regierung in dieser Zeit die Geschäfte verantwortlich führen, wenn sie sich nicht auf eine Mehrheit des Landtags stützen kann."

Die bürgerlichen Parteien brachten am Schluß der Sitzung einen Antrag auf Auflösung des Landtags ein, über den in der nächsten Sitzung abgestimmt werden soll. Am Mittwoch vormittag tritt der Aeltestenausschuß des Landtags zusammen, um den Termin für die nächste Landtagssitzung anzuberaumen, die das Kabinett wählen soll, falls nicht Landtagsauflösung beschlossen wird. Da zur evtl. Wahl der Minister vorherige Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien notwendig sind, ist mit einer Regierungsneubildung kaum vor Mitte der Woche zu rechnen.

Mit dem Sturz der thüringischen Regierung haben die Kommunisten einen ihrer berühmten „Erfolge" erzielt. Sie bedurften der Unterstützung sämtlicher bürgerlicher Parteien, um ein sozialdemokratisches Ministerium zum Rücktritt zu veranlassen, das seit 20 Monaten sehr erfolgreich gearbeitet hat.

In Thüringen wie in Sachsen ist die Mehrheit für die bisherige Regierung nur vorhanden, wenn man sozialdemokratische und kommunistische Mandate zusammenzählt. Nach parlamentarischem Brauch wäre also eine sozialistisch-kommunistische Koalitionsregierung zu bilden gewesen. Da die Kommunisten aber bei ihrer grundsätzlichen Ablehnung des parlamentarischen Systems den Eintritt auch in eine solche Koalitionsregierung ablehnten und weiter ablehnen, so blieb in Thüringen nichts anderes übrig, als entweder eine bürgerlich-sozialistische Koalition oder aber eine sozialistische Minderheitsregierung, die auf die Unterstützung der Kommunisten angewiesen blieb, wenigstens soweit sie besonders soziale oder sozialistische Gedanken in die Gesetzgebung übertragen wollte.

Dieser Versuch einer Minderheitsregierung, die sich auf kommunistische Hilfstruppen stützt, ist nun in dem Lande Thüringen gemacht worden, nicht ohne die größten Schwierigkeiten. Die Sozialdemokraten, die sich als Partei und als Einzelpersonen in die Bresche stellten, um aus dem Kleinstaatengewirr Thüringens den neuen demokratischen Einheitsstaat zu schaffen und diesen Einheitsstaat nach Möglichkeit mit sozialistischen Tendenzen zu durchsetzen, haben manches schwere Opfer bringen müssen. Während die bürgerlichen Parteien, die aus ihrer früheren Alleinherrschaft vollkommen verdrängt waren, gegen die sozialistische Regierung mit allen parlamentarischen Mitteln ankämpften und es an Verdrehung und Verdächtigung nicht fehlen ließen, wurde die Regierungsarbeit durch kommunistische Treulosigkeit und Großsprecherei immer wieder gestört und in Frage gestellt. Trotz der Schwierigkeiten dieser parlamentarischen Lage hat die sozialdemokratische Regierung auf den verschiedensten Gebieten vorbildlich gearbeitet. Außer der Vereinheitlichung des Staates, die mühselige und langwierige Verhandlungen vermögens- und staatsrechtlicher Art mit den früheren Einzelstaaten erforderte, wurde die neue Kreiseinteilung, eine Gemeinde- und Kreisordnung, ein Gemeinde- und Kreisabgabengesetz, ein Besoldungsgesetz für die Gemeindebeamten und schließlich ein Bodensperrgesetz geschaffen. Das letztere soll die Bodenspekulation und den Bodenwucher unterbinden. Es bestimmt, daß kein bebautes oder unbebautes Grundstück ohne Verkaufsgenehmigung veräußert werden darf und daß in jedem Verkaufsfalle das Land Thüringen, der Kreis oder die Gemeinde das Vorkaufsrecht ausüben dürfen.

Alle die erwähnten grundlegenden Gesetze in dem neu entstandenen Einheitsstaate konnten nur mit Hilfe der Kommunisten zur Annahme gelangen, da die bürgerlichen Parteien ihre Zustimmung versagten. Besonders durchgreifend waren die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Volksbildung. Es wurde ein besonderes Volksbildungsministerium geschaffen, dessen Leitung dem sozialdemokratischen (früher unabhängigen) Abgeordneten Lehrer Greil übertragen wurde. Dieses Volksbildungsministerium hat mit frischem Mute eine grundlegende Reform des Schulwesens angegriffen und durchgeführt. Es hat die Einheits-

Polen verurteilt.

Vom Weltgerichtshof in der Ansiedlerfrage.

Haag, 11. September. (WTB.) Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag hat unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Loder in öffentlicher Sitzung am 10. September das Gutachten in der Frage der deutschen Ansiedler und Pächter in Polen abgegeben, um das er vom Völkerbundrat gebeten worden war. Das Gutachten betraf 1. die Frage, ob der Völkerbundrat für die Angelegenheit der deutschen Ansiedler in Polen zuständig sei und 2. ob die Maßnahmen Polens gegen die Ansiedler und Pächter mit seinen internationalen Verpflichtungen aus dem Vertrage von Versailles und dem Minderheitenvertrage in Einklang zu bringen seien. Der Gerichtshof hat die erste Frage in bejahendem Sinne beantwortet und sich über die zweite Frage dahin geäußert, daß das Vorgehen Polens mit seinen internationalen Verpflichtungen im Widerspruch stehe. Der Völkerbundrat wird nunmehr eine endgültige Entscheidung zu treffen haben.

Faschisten gegen Völkerbund.

Die Faschistenpresse Italiens setzt ihre Angriffe auf den Völkerbund fort. Im „Popolo d'Italia" vertritt Senator Morello, der als Sprachrohr Mussolinis gilt, den Standpunkt, daß Italien aus dem Völkerbunde austreten müsse, da es sich dort in Gesellschaft der kleinen Völker befinde, die jederzeit bereit seien, sich gegen die italienische Regierung aufhetzen zu lassen.

Die Völkerbundversammlung in Genf hat sich gestern Dienstag zunächst mit der Sanierung Deutschösterreichs beschäftigt; schon der Ausschuß hat dem Generalkommissar Zimmermann und dem Bundeskanzler Seipel die Bewunderung zu diesem Werk ausgesprochen, was ja gewiß kräftig für die bürgerliche Wahlagitation in Deutschösterreich ausgenützt werden wird. Ueber den italienisch-griechischen Konflikt und die Ausschaltung des von Griechenland angerufenen Völkerbundes wurde zunächst nicht gesprochen.

Konfliktsgefahr Italien-Südslawien.

London, 11. September. (EE.) Der römische Korrespondent des „Daily Telegraph" erfährt aus guter Quelle, die Belgrader Regierung scheine die letzten Ereignisse zum Anlaß zu nehmen, um der Forderung Mussolinis auf Abschluß der Verhandlungen über die Fiumefrage bis zum 15. September auszuweichen. Der Korrespondent sieht infolgedessen ernste Konfliktmöglichkeiten zwischen Italien und Jugoslawien voraus. Die italienische Regierung habe für den Fall einer Ablehnung ihrer Forderung ernste Maßnahmen ins Auge gefaßt.

Auch ein Dementi.

Die russische Botschaft läßt mit einigen sehr unbestimmten Redensarten die Anwesenheit Radeks in Deutschland im August dementieren. Die Botschaft kann natürlich ein solches Dementi sehr leicht in die Welt setzen, weil sie nur für die Personen zuständig ist, die in amtlicher Eigenschaft aus Rußland nach Deutschland kommen. Bei der scharfen Scheidung, die bei der Sowjetregierung zwischen amtlicher Funktion und Parteiaufträgen üblich ist, besagt ein solches Dementi nicht das geringste. Es besagt genau so wenig, wie die natürlich sicher zu erwartende offizielle Ableugnung der „Roten Fahne". Die einen lügen, weil es die Parteipflicht vorschreibt, und die andern „lügen" nicht, sie wissen nur nötigenfalls nicht, was außeramtlich vorgeht. Damit werden Tatsachen selbstverständlich nicht aus der Welt geschafft.

schule in Thüringen verwirklicht und durch das Schulverwaltungsgesetz die Einheitsschule verwaltungstechnisch verankert. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete hat die thüringische Regierung praktisch und bahnbrechend gearbeitet, indem sie unter anderem durch die Schaffung der Thüringischen Staatsbank dem Staat eine finanzielle Stütze gab.

Trotzdem die Kommunisten infolge ihrer Unfähigkeit, eigene Politik zu treiben, fast allen sozialdemokratischen Vorschlägen zustimmen mußten, haben sie doch seit dem Anfang dieses Jahres den offenen Krieg gegen die bisher von ihnen unterstützte sozialistische Regierung geführt. In Interpellationen und parlamentarischen Anträgen sowohl, wie mit direkten Anfragen an die Sozialdemokratische Partei, nicht zuletzt aber durch wüste Beschimpfungen in ihrer Presse suchten sie den jetzt erfolgten Sturz der Regierung vorzubereiten. Als Ziel dieses Feldzuges bezeichneten sie, ganz wie in Sachsen, die Bildung einer „Arbeiterregierung", die sich auf Betriebsrätekongreß, proletarische Hundertschaften usw. stützen soll. Unsere Genossen haben zwar das Treiben der Kommunisten durchschaut, nichtsdestoweniger aber alles versucht, um ihnen jeden Vorwand für ihre Abkehr von der sozialistischen Regierungspolitik zu nehmen. Ende Januar hatte die KPD. folgende vier Forderungen aufgestellt:

1. Bewaffnung der Arbeiterschaft, Bildung von Selbstschutzorganisationen.

2. Bildung von Einheitsfrontausschüssen gegen die Nationalsozialisten in allen Orten Thüringens. Kreisweise Zusammenfassung dieser Arbeiterorganisationen, Schaffung einer zentralen Leitung der Einheitsfrontausschüsse für Groß-Thüringen.

3. Sofortige Einberufung eines Betriebsrätekongresses für Groß-Thüringen.

4. Kontrolle der Behörden durch Beauftragte der Arbeiterausschüsse.

Diese Forderungen wurden vom Bezirksvorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei wie von der Landtagsfraktion abgelehnt. Die Kommunisten drohten daraufhin den Etat abzulehnen. Erneute Verhandlungen der Parteien erbrachten als Zugeständnisse, die von unserer Organisation den Kommunisten gemacht wurden, bestimmte „Richtlinien", z. B. Anerkennung der Bildung republikanischer Notwehren, die von jeder Partei gesondert aufgestellt werden sollten. Die Notwehren waren als ein Mittel gegen die der Republik drohenden inneren Gefahren gedacht und ihre Betätigung an die Voraussetzung der vorbehaltlosen Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung geknüpft. An Stelle des von den Kommunisten geforderten Betriebsrätekongresses, der Gesetze selbständig vorlegen und beraten sollte, schlug unsere Partei die Schaffung einer Arbeiterkammer als öffentlich-rechtliche Körperschaft vor. Vor allem aber verlangte sie den Eintritt der KPD. in die Regierung und die Schaffung eines paritätischen Arbeitsausschusses aus beiden Fraktionen. Die KPD. antwortete auf diese Vorschläge in gewohnt anmaßendem Tone. Sie erklärte sich bereit, in eine „Arbeiterregierung" einzutreten unter den bekannten kommunistischen Bedingungen. Von einer Anerkennung der Reichs- und Landesverfassung war keine Rede. Vor allen Dingen wurden die Thüringer Sozialdemokraten dreisterweise aufgefordert, „schärfsten gemeinsamen Kampf gegen die Koalitionspolitiker in der SPD." den Kommunisten führen zu helfen.

Trotz dieser impertinenten Antwort hat die Verhandlungskommission unserer Partei es noch monatelang versucht, mit den Kommunisten zu irgendeiner Verständigung zu gelangen. Der Erfolg dieser Bemühungen liegt jetzt vor. Die Kommunisten beantragen das Mißtrauen gegen dieselbe sozialdemokratische Regierung, deren Vorlagen und Gesetze sie zumeist selbst bewilligt hatten. Die bürgerlichen Parteien bis zu der deutschnationalen nehmen mit Freude den ihnen hingeworfenen Brocken auf. Die Einheitsfront der KPD. mit der Bourgeoisie bringt die sozialistische Regierung zum Sturz und gefährdet damit den weiteren inneren Ausbau Thüringens in sozialistischem Geiste.

Was sich in Thüringen abspielt, kann jeden Tag auch in Sachsen eintreten. Wo die Kommunisten die Entscheidung zu geben haben, sind sie zu irgendwelcher positiven Mitarbeit verpflichtet. Das ist für sie eine sehr unglückliche Stellung. Sie ziehen es deshalb vor, aus dieser Lage sich lieber zu befreien, eine vorhandene parlamentarische Arbeiterregierung zum Sturz zu bringen, um dann desto lauter und eindringlicher nach der proletarischen Einheitsfront und der Regierung des Mondes zu schreien. Sie harren der Gläubigen, die ihnen auf den Leim gehen. Das Thüringer Beispiel sollte allen die Augen öffnen, die bisher noch einen leisen Schimmer von Vertrauen in die Möglichkeit kommunistischen guten Willens gehabt haben. Sie werden einsehen, daß man diesen guten Willen bei der KPD. mit der Laterne suchen muß. Man wird ihn trotzdem nicht finden, weil er ernsthaft nicht vorhanden ist.

Domänenpachtpreise in Preußen.

In einem Artikel „Mecklenburgische Goldrechnung" brachten wir kürzlich die skandalösen Verhältnisse zur Kenntnis, die sich auf dem Gebiete des Pachtwesens im Freistaat Mecklenburg-Schwerin entwickelt haben. Im Anschluß an die Tatsache, daß einige Domänenpächter an Jahrespacht noch nicht den Wert eines Eies für Benutzung ihrer landwirtschaftlichen Großbetriebe zahlten, wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß auch auf preußischen Domänen ähnliche Verhältnisse herrschten.

Wie uns von zuständiger Stelle hierzu mitgeteilt wird, finden die mecklenburgischen Verhältnisse in Preußen keine Parallele. Mit sämtlichen preußischen Domänenpächtern haben Verhandlungen dahin geschwebt, daß der Pacht bestimmte Prozentsätze der in Roggen und Kartoffeln umzurechnenden Friedenspacht zugrunde gelegt werden, und daß die danach zu zahlende Geldpacht sich nach dem Roggen- bzw. Kartoffelpreise in den einzelnen Pachtjahren richtet. Die Verhandlungen haben fast überall zu dem vom Preußischen Landwirtschaftsministerium angestrebten Ergebnis geführt; nur mit einigen wenigen Pächtern ist die Regierung bisher nicht einig geworden; diese sollen, falls eine Einigung mit rückwirkender Kraft nicht doch noch stattfindet, vor die Pachteinigungsämter geladen werden.

Reichsbahn und Goldrechnung.

In der gestrigen Sitzung des Ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrats wurden bei der Besprechung über die Finanz- und Wirtschaftslage der Reichsbahn auch die Rückwirkungen erörtert, die aus den Maßnahmen der Reichsregierung zur Währungsfrage durch Schaffung einer Goldnotenbank für die Reichsbahn selbst entstehen werden. In diesem Zeitpunkte werden die auf den verschiedensten Gebieten der Wirtschaft bestehenden Schlüsselzahlen zwangsläufig in eine einheitliche Schlüsselzahl übergehen, die sich aus dem Verhältnis des jetzigen Papiergeldes zur neuen Goldgeldeinheit ergibt. Da die Reichsbahn in ihrem seit 20. August eingeführten System der Indextarife für den Personenverkehr und den Güterverkehr mit verschiedenen Schlüsselzahlen arbeitet, die zurzeit bekanntlich 1,5 Millionen im Personen- und 4,5 Millionen im Güterverkehr sind, muß sie, um eine einheitliche Schlüsselzahl ertragen zu können, die Grundzahlen des Personen- und des Gütertarifs so gestalten, daß die verhältnismäßige Belastung der beiden Verkehrsarten von der gegenwärtigen nicht allzusehr abweicht. Dies Ergebnis läßt sich erzielen durch Erhöhung der Grundzahl für die Gütertarife um 100 Proz., einer Zahl, die auch der Weltteuerung für die wichtigsten Stoffe (Kohle) entspricht. Der Ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrats erklärte sich mit einer solchen rein technischen Umgestaltung der Reichsbahntarife, die für den Benutzer der Verkehrseinrichtung geldlich an sich ohne Belang ist, einverstanden.

Die Vorlage der Reichsbahn, im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln die Industriekartoffeln von der Beförderung zum Ausnahmetarif auszuschließen, wurde einstimmig angenommen, ebenfalls der Antrag des Ausschusses, die Frachtermäßigung für frische Speisekartoffeln in Wagenladungen in gleichem Umfange auch bei der Beförderung als Stückgut zu gewähren.

Neue Ermäßigungssätze.

170 Millionen steuerfrei.

Die am 1. September in Kraft getretenen Ermäßigungssätze für den Lohnabzug sind durch die Geldentwertung bereits wieder überholt. Das Reichsfinanzministerium hat sich deshalb entschlossen, zum 15. September eine weitere Erhöhung der Ermäßigung für den Lohnabzug eintreten zu lassen. Es ist beabsichtigt, die bisherigen steuerfreien Beträge zu verdoppeln, so daß künftig ein Einkommen von rund 170 Millionen Mark pro Monat bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit zwei Kindern steuerfrei wäre. Da es wahrscheinlich nicht möglich ist, den Steuerausschuß des Reichstages vor dem 15. September rechtzeitig zusammenzuberufen, dürfte der Finanzminister die neuen Ermäßigungssätze durch Verordnung bekanntgeben.

Teuerungskrawall in Dresden.

Dresden, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) Im Anschluß an eine von dem wilden Aktionsausschuß einberufene Erwerbslosenversammlung zogen am Dienstag vormittag etwa 2500 Mann nach dem Rathaus, wobei es leider zu Blutvergießen kam. Da noch immer das Verbot für Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel besteht, war von der Landespolizei ein Kommando zum Schutze des Rathauses aufgeboten worden. Als gegen 11¾ Uhr die Spitze des Zuges das Rathaus erreichte, trat ihr die Polizei entgegen und drängte die Spitze zurück. Die Polizeibeamten wurden von der Menge auf das schwerste bedroht und mit Flaschen und Steinen beworfen. Die Stelle, die die Polizeibeamten auftragsgemäß zu halten hatten, war von Steinen und Flaschensplittern übersät. Einige Polizeibeamte gaben zunächst Schreckschüsse ab. Als die Lage der Beamten immer schwieriger wurde, haben schließlich einige Beamte, die aufs schwerste bedroht waren, scharfe Schüsse abgegeben. Soweit bisher feststeht, wurden vier Demonstranten verletzt, die mittels Auto nach dem Krankenhaus gebracht wurden. Ein Befehl zum Feuern ist von keiner Seite gegeben worden. Von der Leitung der Polizei aus ist alles getan, um die Wiederholung derartiger Vorgänge zu verhindern.

Das Versammlungsverbot.

Verschärfte Vorschriften für Bewilligung von Ausnahmen.

In der Verfügung des preußischen Innenministers über das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge wurden die Oberpräsidenten und der Polizeipräsident von Berlin ermächtigt, im Falle ganz besonderer Sachlage unter Umständen Ausnahmen zuzulassen. Bei der Handhabung dieser Ermächtigung haben sich jedoch innerhalb der einzelnen Provinzen derartige Verschiedenheiten herausgestellt, daß sich der Minister veranlaßt sieht, diese Ermächtigung zu widerrufen. Ausnahmen von dem erwähnten Verbot können hiernach nur noch vom Minister selbst zugelassen werden. Anträge auf Bewilligung einer Ausnahme sind den Ortspolizeibehörden vorzulegen, die sie unter Beifügung ihrer Stellungnahme durch die Hand der Regierungspräsidenten den Minister vorzulegen haben. Der Minister macht es allen beteiligten Dienststellen zur Pflicht, derartige Anträge mit besonderer Beschleunigung zu behandeln. Unmittelbar bei ihm selbst eingehende Anträge werden keine Berücksichtigung finden.

Vorläufig kein weiteres Notgeld der Eisenbahn. Infolge der Einführung des allgemeinen Notgeldes der deutschen Reichsbahn hat der Reichsverkehrsminister Anweisung gegeben, die weitere Ausgabe von Gutscheinen durch die einzelnen Reichsbahndirektionen jetzt nach Möglichkeit einzuschränken. Im Umlauf befindliche Gutscheine werden an den Kassen eingelöst und nicht verausgabt, so daß in Kürze nur noch einheitliches Notgeld der deutschen Reichsbahn umläuft. Außer den bisher ausgegebenen 1-, 2- und 5-Millionen-Notgeldscheinen ist die Ausgabe eines Notgeldscheines von 10 Millionen Mark vorbereitet, der jedoch nur zur Ausgabe kommen soll, wenn die Bargeldmittelnot noch längere Zeit anhält. Die Scheine zu einer Million tragen die Unterschrift des Reichsverkehrsministers Groener, die anderen Scheine jedoch bereits die des Reichsverkehrsministers Oeser.

Die ersten Konzert-Schwalben.

Die wenigen Künstler, die noch vor einigen Wochen den Mut hatten, öffentlich wirken zu wollen, strecken schon die Waffen. Die Säle harren der Kommenden. Die wenigen, die Mut zu haben scheinen, brauchen keinen. Ihr Risiko ist, dank ihrer Auslandsberühmtheit, minimal. Arbeiten sie für die Kunst? Man sagt sich still: Diese Stars verdanken Deutschland ihren Ruhm und Ruf. Man frag sich bang: geben sie Deutschland den Dank mit Zinsen zurück? Nein, sie verdienen alle, allesamt füllen sie die Taschen. Was tun einem Dollarverwöhnten ein paar deutsche Milliarden? Dennoch: man las noch nichts davon, daß ein einziger den ganzen Gewinn, ein Zehntel hergab, um etwa auf dem Wege der „Notgemeinschaft deutscher Kunst" anderen Darbenden den Aufstieg zu ermöglichen. Ihr Großen, Herrlichen an Können und Erfolg: Helft den im Dunkeln Harrenden, gebt mit vollen Händen zurück, was deutsches Land, deutsche Musik Euch endlos schenkte! Brauchen die Duz und Battistini sich zum Ritt ins Land der hohen Kunst gegenseitig die Steigbügel zu halten? Die Duz mit einem unbekannten Partner von Begabung, Battistini mit einer neuen, strahlend frischen Dneua — welche Hoffnungen könnten entfacht sein!

So aber ist die Welt, die Welt der Künstler im besonderen: allein bleiben auf einsamer Höhe, nur nicht Gemeinschaft haben mit anderen, nur nicht zurückdenken an die Zeit der eigenen Anfänge — das ist das Bekenntnis Es ist ein Fluch, nicht zu wissen, wieviel tausendmal schöner es sei, anderen in den Sattel zu helfen, wenn man selber schon die hohe Schule reitet.

Sigrid Onegin breitet ihr gut abgewickeltes Programm vor uns aus, das allen etwas zu geben berufen ist: altitalienische Arien, schwedische und spanische Lieder unseres Jahrhunderts rahmen Schubert und Wolf ein. Nun, das Haus wäre auch überfüllt gewesen, wenn „zum ersten Male" ein Lied erklungen wäre. Dem Ausschuß für Auslandhilfe und Kinderspeisung fließt eine namhafte Summe zu. Also doppelte Attraktion: Wohltat für die Hörenden und Wohltat für die Hungernden. Noch immer das herrliche Format der von Kraft und Schönheit gesättigten, üppigen Altstimme, groß die Fähigkeit, diesem Organ Andacht, Pathos, hymnischen Schwung zu verleihen. Doch auch die Gefahr der Doppelstimmigkeit wird beschworen: ein Flackern der Sopranhöhe warnt vor Ueberspannung der Stimmbänder vor amerikanischer Tournee-Anstrengung. Und im leichtwiegenden Lied („Forelle") lastet die breite, schwere Stimme auf einer Musik, die in ihren eigentlichen Zügen erst die eminente Begleitkunst Raucheisens ganz offenbart.

Gertrud Bindernagel läßt sich von Georg Liebling für einen Kompositionsabend dieses selbst begleitenden Musikers gewinnen. Sie gibt ihr Bestes her, und das ist nicht wenig. Dazu ein Begleiter, der, Liszt-Schüler, zu wirken und mitzureißen versteht. Das gelingt ihm z. B. in dem Schlager „Du", der von Richard Strauß sein könnte. Ueberall meldet sich eine gefällige Melodie, ungesucht und wirkungsvoll. Die Begleitung schließt sich gröber schon dem Wort an. Und je mehr man hört, um so weniger glaubt man Liebling die Notwendigkeit des Komponierens. Eine Persönlichkeit lugt kaum durch all die hinprasselnden Notenköpfe, wohl aber Schmiß und Wirkung. Das ganze ein Kompromiß zwischen Poet und Klaviervirtuosentum, zwischen volkstümlichem Gesang und aufmunternden Alterationen, zwischen Schablone und halbmodernem Empfinden. Eine angenehme Alltäglichkeit. Der Pianist hat den Vorrang und verdiente eher ein Liebling des Publikums zu werden. Der Komponist steht jenseits der Grenze, an der eine neue Zeit eine neue Kunst erwartet.

Kurt Singer.

Zimmer zu vermieten. In meiner Wohnung ist eine elegant möblierte Mansarde mit Kochgelegenheit und seenhaftem Ausblick auf die Reichshauptstadt an feindlichen Ausländer oder völkischen Gesinnungsfreund zu folgenden zeitgemäßen Bedingungen zu vermieten:

1. Liefern Sie mir meine Kohlen bis 15. Mai, Kartoffeln bis 31. Juli;

2. Uebernehmen Sie die Verpflegung von drei ausgewachsenen Personen nebst einem rassereinen Dackel, für welchen die Hundesteuer zu entrichten ist;

3. tragen Sie ⅔ der Gasrechnung;

4. stellen Sie die Bettwäsche und Handtücher. Dieselbe bleibt nach Ihrem Auszug unser Eigentum;

5. abonnieren Sie eine rechtsstehende Zeitung zur gemeinsamen Zweckbenutzung;

6. zahlen Sie den Betrag von 25 (in Worten dreißig Goldmark);

7. tragen Sie die Mülleimer wöchentlich zweimal hierunter;

8. besorgen Sie mir eine leitende Stellung in der Schwerindustrie

9. und meiner Frau ein Engagement als Kassiererin in einer D-Bank.

Auf Fremdblüter und sonstige Fehlfarben wird bei diesen Preisen ein Aufschlag von 10 Proz. erhoben.

Sämtliche Bedingungen sind freibleibend, was Sie bestätigen wollen. Mit deutschem Gruß: Johann Arisch.

per Spesen dieses:

½ Arbeitsstunde	1 000 000 M.
1 Briefbogen mit Kuvert	400 000 „
für Tinte	100 000 „
für Porto nebst Wartegeld für Anstellen am Postschalter	1 500 000 „
	3 Mill. M.,

wofür Sie mir gütigst 1½ Pfd. wertbeständige Süßrahmvollfettafeledelbutter liefern wollen. Cazotte.

Gegen den Gotteslästerungsparagraphen! Die Hauptversammlung des Deutschen Monistenbundes in Nürnberg nahm mit Entrüstung davon Kenntnis, daß der Schriftleiter Artur Wolf wegen sogenannter Gotteslästerung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Dieses unverständlich harte Urteil — heißt es in einer Resolution — beweist aufs neue die Berechtigung des Antrages auf Abschaffung des § 166 des Reichsgesetzbuches, den der Monistenbund in Gemeinschaft mit den anderen großen freigeistigen Verbänden vor kurzer Zeit bei der Reichsregierung gestellt hat.

In der Begründung des Dresdener Urteils ist gesagt: „Die Gotteslästerung bedeutet nicht eine Beleidigung Gottes, wie die Angeklagten meinen; eine Beleidigung ist schon deshalb nicht möglich, weil „Gott" keine Person, sondern lediglich ein von Menschen gebildeter Begriff ist, entsprungen aus der Erkenntnis, daß wir viele Dinge und Erscheinungen in und um uns mit unserem Verstande nicht zu erklären und zu erfassen vermögen." Das Urteil gibt hiermit zu, daß der § 166 nur dem Schutze eines von Menschen gebildeten Begriffes dient, der zudem seine Entstehung lediglich der Unwissenheit und unzulänglicher Naturerkenntnis verdankt.

Es ist ein unerträglicher Zustand, daß eine abfällige, besonders eine in drastische und volkstümliche Form gekleidete Kritik eines solchen „Begriffs" vom Gesetz unter Gefängnisstrafe gestellt wird. Dies verletzt gröblichst den Grundsatz der Neutralität des modernen Staates gegenüber den wissenschaftlichen und religiösen Ueberzeugungen seiner Angehörigen und bevorzugt einseitig im Widerspruch mit den Grundsätzen der Reichsverfassung eine einzelne religiöse Glaubensvorstellung.

Der Deutsche Monistenbund bittet den Reichsjustizminister, mit möglichster Beschleunigung einen Antrag auf Streichung des § 166 des Strafgesetzbuches dem Reichstag vorzulegen.

Kant in Stanzen. Man hat bereits Kants „Kritik der reinen Vernunft", die als so schwer verständlich gilt, in „modernes Deutsch" übertragen, um das Studium dem Leser von heute leichter zu machen. Nun aber erhalten wir sogar einen Kant in Versen! Max Epstein hat die „Kritik der reinen Vernunft" in deutsche Stanzen umgedichtet. Wie in der Ankündigung betont wird, steckt sich „der bekannte Kritiker das Ziel der klassischen didaktischen Poesie: er will das Schwierige lebendig-leicht darstellen. Das schwerste Buch der Weltliteratur wird hier in origineller Versform dem Leser anmutig dargereicht. Epsteins Werk ist keine Verulkung Kants, auch keine Darstellung seines Systems aus zweiter Hand, sondern eine Vergegenwärtigung, die dem Original in Gedankengang und Aufbau treu folgt, das Abstrakt-Erdachte in Konkret erlebte Formen bringt." Wer übersetzt nun diesen verstivizierten Kant wieder in Prosa?

Im Deutschen Theater ist die Premiere von Bernhard Shaws „Pygmalion" auf den 18. September angesetzt. In der Rolle der Eliza beginnt Käte Dorsch ihre Tätigkeit am Deutschen Theater.

Die Volksbühne Norden Berlin-Pankow bringt als Eröffnungsvorstellung am 17. Sept., 8 Uhr: „Was ihr wollt".

Die juryfreie Kunstschau wird trotz der großen Transport- und Geldschwierigkeiten im Landesausstellungsgebäude in den ersten Tagen des Oktober eröffnet werden.

Der erste Europäer in Mekka. Lord Headley, der soeben aus Mekka nach England zurückgekehrt ist, wurde vor seiner Abreise von König Fuad empfangen. Er ist der erste Europäer, der ohne alle Heimlichkeit und offiziell die heilige Stadt des Islams betreten hat. Er ist des Lobes voll über das liebenswürdige Entgegenkommen, das er bei dem Sultan von Hedschas fand.

Ein seltener Fang. Der ostpreußische Fischer Jobs in Peldzen fing letzthin in der Deime (einem Nebenfluß des Pregel) bei Scheleden eine vier Pfund schwere Schildkröte im Zuggarn. Seit Menschengedenken ist ein solches Tier in der Gegend nicht gesehen worden. Leider besagt der Bericht nichts darüber, ob er das seltene Tier wieder in Freiheit gesetzt hat; es wäre zu wünschen, denn die bei uns gelegentlich in Deutschland vorkommende europäische Sumpfschildkröte gehört zu den seltenen Naturdenkmälern, die geschützt werden sollten.

Deutsche Vorschlagskizzen übermittelt.

Infolge der außenpolitischen Aktivität der Reichsregierung ist, wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst" meldet, das Stadium der Fühler überstanden, und es konnte inzwischen mit einer sachlichen Diskussion über die Möglichkeiten einer Verständigung begonnen werden. An diesen Besprechungen nahmen der Reichskanzler, der Reichsfinanz- und der Reichswirtschaftsminister teil, von französischer Seite, nicht im direkten Auftrage Poincarés, aber zweifellos auch nicht ohne sein Wissen, Mitglieder der französischen Botschaft in Berlin, darunter zeitweise auch der Botschafter. Im Verlauf der Besprechungen hat der Reichskanzler die Auffassung der Regierung über die Möglichkeiten einer Verständigung wiederholt zum Ausdruck gebracht. Konkrete Formen haben die von der Regierung in Aussicht genommenen Lösungsmöglichkeiten noch nicht angenommen. Sie sind naturgemäß skizziert. Am Sonnabend abend ist eine hervorragende französische Persönlichkeit nach Kenntnisnahme dieser Skizzen nach Paris abgereist, um dort Bericht zu erstatten und Instruktionen einzuholen.

Diese französische Persönlichkeit ist nach einer Pariser Eca.-Meldung der Präsident des Garantiekomitees, Professor Haguenin; er hatte in Paris bereits Zusammenkünfte mit mehreren hochstehenden französischen Persönlichkeiten.

Das gleiche Nachrichtenbureau meldet aus Paris weiter:

Offiziell wird mitgeteilt: Der französische Botschafter in Berlin hatte in den letzten Tagen und noch gestern Unterhaltungen mit Reichskanzler Stresemann. Es ist notwendig, festzustellen, daß im Verlaufe dieser Unterhaltungen kein Vorschlag von der Reichsregierung formuliert wurde und formuliert werden konnte, da der passive Widerstand noch nicht aufgehört hat und die französische Regierung ihren Standpunkt aufrechterhält, daß die Aufgabe dieses Widerstandes allen Verhandlungen vorausgehen muß.

Eine andere in der französischen Presse veröffentlichte offiziöse Note formuliert die Berliner Vorgänge etwas anders. Sie erklärt zwar auch, daß die deutsche Regierung keine Angebote gemacht habe, da der passive Widerstand noch nicht eingestellt sei, fügt jedoch hinzu, man könne annehmen, daß bei den Besprechungen de Margeries mit Stresemann ein Meinungsaustausch über die allgemeine Lage stattgefunden habe.

Der „Temps" schreibt, die französische und belgische wünschen ebensowenig wie die englische oder italienische Regierung eine Katastrophe in Deutschland. Es sei infolgedessen natürlich, daß man von deutschen Angeboten und von Verhandlungen spreche. Wenn wir uns nicht täuschen, so schreibt der „Temps", dann rät sogar die englische Diplomatie der deutschen Regierung, sich mit der französischen Regierung zu verständigen, und sie hat offensichtlich recht hiermit. Wenn Poincaré in seinen Reden auch die unveränderlichen Grundlagen seiner Politik ins Gedächtnis zurückgerufen hat, so hat er doch niemals zu verstehen gegeben, daß derartige Reden Verhandlungen ersetzen können. Die Reichskanzler Bethmann, Michaelis und Hertling haben uns im übrigen eine berechtigte Abneigung gegen die rednerische Diplomatie eingeflößt. Wir begnügen uns also, auf die

Hindernisse, die man zu vermeiden hat,

hinzuweisen. Zunächst wiederholen wir, daß der deutsche Widerstand im Rheinland und im Ruhrgebiet aufhören muß. Frankreich und Belgien haben die Einstellung des Widerstandes nicht zu erkaufen, zumal dies den Interessen Deutschlands ebensowenig wie denen seiner Gläubiger entspricht. Weiterhin wollen wir bemerken, daß man gegen eine Mauer anrennen würde, wenn man daran ginge, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu diskutieren. Der Betrag der angerichteten Schäden kann durch keine Diskussion geändert werden. Er ist festgesetzt und man muß ihn hinnehmen, wie er ist. Was die Abschätzung der Zahlungen angeht, die Deutschland morgen oder in 10 Jahren machen kann, so sind dies nur leere Vermutungen. Die

Reichsregierung hat keine Zeit zu verlieren,

wenn sie den Rest ihrer Autorität behalten will. In seinen vorhergehenden Reden hat Stresemann die allgemeinen Garantien genannt, die Deutschland den Alliierten als Ersatz für die Pfänder im Rheinland und im Ruhrgebiet anbieten würde. Wenn er weiterhin dieses System vorschlagen würde, dann wären alle Verhandlungen überflüssig. Poincaré hat es gesagt, „Frankreich halte lieber etwas in der Hand, als daß es Versprechungen nachlaufe". Es wird seine sicheren Pfänder gegen illusorische Versprechungen nicht aufgeben. Die deutsche Regierung könnte übrigens die allgemeine Hypothek, von der Stresemann spricht, zu einem anderen Zwecke aufnehmen. Das wäre für Deutschland vorteilhafter, und wir sind bereit, dies darzulegen, wenn man es wünscht. Schließlich wollen wir noch bemerken, daß die Sicherheitsfrage nicht mit der Reparationsfrage vermengt werden darf. Jeder Versuch in dieser Richtung müsse erfolglos bleiben. Es handelt sich aber darum, zu einem Erfolge zu kommen.

Stresemanns Wirtschaftsplan.

Basel, 11. September. (TU.) Reichskanzler Dr. Stresemann gewährte dem Berliner Korrespondenten der „Basler Nachrichten" ein Interview. Dr. Stresemann sagte u. a.:

Wir werden schon jetzt eine wesentliche Vereinfachung und Uebersichtlichkeit des Steuersystems, das keineswegs eine Herabminderung bedeuten soll, vorbereiten. Da wir in Deutschland den Weltmarktpreis zum Teil bereits überschritten haben, so soll die

Kohlensteuer herabgesetzt

werden, um der Industrie wenigstens die geringen Exportmöglichkeiten zu erhalten, die ihr noch geblieben sind. Die wertbeständigen Löhne dürfen nicht in einer Weise in die Höhe geschraubt werden, die uns völlig konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkt machen. Alle unsere finanz-, steuer- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen können uns nicht helfen, wenn das Loch im Westen nicht endgültig zugestopft und dort wieder produktiv zugunsten der deutschen Wirtschaft gearbeitet wird. Die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands mit Frankreich kann nur innerhalb des gesamten Reparationsproblems gelöst werden. Es kommt vor allen Dingen darauf an, eine Form zu finden, in der den Interessen beider Teile gedient wird. Zum Schluß bemerkte der Kanzler, daß es für Deutschland

keine internationale Rhein- und Ruhrfrage

gebe. „Hier ist die Grenze, für unseren Willen, zum Frieden zu gelangen. Wird sie von den anderen nicht respektiert, dann sehe ich, das erkläre ich schon heute, keinen Weg zur Besserung. Dann erwartet uns, aber auch anderen Ländern, weiteres Unheil und weitere Zerstörung."

Die heutige Kanzlerrede.

Der Reichskanzler wird seine bereits angekündigte Rede heute, Mittwoch, auf einer Zusammenkunft deutscher Pressevertreter halten, zu der der neue Pressechef Geheimrat Kalle eingeladen hat.

Soll jetzt der Reichstag zusammentreten?

Morgen, Donnerstag, wird der Aeltestenrat des Reichstags zusammentreten, um über den deutschnationalen Antrag auf Einberufung des Reichstags zu beraten.

Berliner Verhandlungen mit Le Troqueur?

Paris, 12. September. (Eca.) In hiesigen alliierten diplomatischen Kreisen wird es als wahrscheinlich angesehen, daß der französische Arbeitsminister Le Troqueur in den nächsten Tagen nach Berlin kommen wird, um mit der deutschen Regierung in der Ruhrfrage Fühlung zu nehmen.

Zusammentritt des Landtags.

Gestern, Dienstag, ist der preußische Landtag zusammengetreten. Der Aeltestenrat hielt eine Beratung über die Geschäftslage ab und beschloß, daß der Sitzungsabschnitt, der die Sommerferien unterbricht, bis zum Sonnabend dieser Woche dauern soll. Am Donnerstag wird eine große politische Aussprache erfolgen, bei der der Ministerpräsident eine Erklärung über die politische Lage abgeben wird. Der Antrag der Kommunisten, mit dieser Aussprache auch eine solche über die von ihnen eingebrachten Anträge und Anfragen betreffend Auflösung des Reichsausschusses der Betriebsräte, die Verhaftung des Abg. Katz, das Verbot der „Roten Fahne" u. a. zu verbinden, wurde abgelehnt.

Die Kommunisten beeilten sich deshalb, sofort zu Beginn der Sitzung, die kurz nach 3 Uhr bei stark besetztem Hause und gut besuchten Tribünen vom Präsidenten Leinert eröffnet wurde, die erwähnten Anträge zu stellen und ihre sofortige Beratung zu fordern. Da die Kommunisten Miene machten, eines ihrer bekannten

Spielchen mit der Geschäftsordnung zu treiben und die Geschäftsordnungsdebatte in die Länge zu ziehen, machte das Haus kurzen Prozeß und nahm einen Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte an.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung: Beratung der Statistik der

Durchführung des Reichssiedlungsgesetzes

(Siedlungsergebnisse in Preußen 1919 bis 1922), betonte der Kommunist **Kilian**, die kommunistische Forderung nach einer Arbeiter- und Bauernregierung sei ein Programmpunkt, den schon das Agrarprogramm des Spartakus-Bundes von 1919 enthalten habe. Nur die Verwirklichung dieses Programms werde auch eine fruchtbare Siedlungstätigkeit ermöglichen.

Nach Kilian versuchte dessen Parteifreund **Katz** noch einmal eine Geschäftsordnungsdebatte heraufzubeschwören. Er tobte wie ein Besessener gegen die „Provokationen" des Präsidenten Leinert gegenüber den Kommunisten in der Geschäftsführung.

Präsident **Leinert** wies mit scharfen Worten die kommunistischen Verdächtigungen zurück, für die auch nicht ein Schimmer eines Beweises vorläge. Es sei ein ordnungsgemäßer Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte gestellt und geschäftsordnungsmäßig erledigt worden.

Da die Kommunisten immer das letzte Wort haben müssen, wandten sich Katz und Meyer-Ostpreußen nochmals gegen den Präsidenten. Hierauf fuhr das Haus in der Beratung der Tagesordnung fort.

Genosse **Paetzel** forderte die Überweisung der Beratung der Statistik zur Durchführung des Reichssiedlungsgesetzes an den Siedlungsausschuß. Bei dieser Gelegenheit erinnerte Genosse Paetzel die Kommunisten daran, daß sie sich verhältnismäßig spät der Kleinbauern erinnert hätten, für die die Sozialdemokratie in der Siedlungsgesetzgebung längst eingetreten sei. Wenn aber die Kommunisten hofften, eine Arbeiter- und Bauernregierung heute im Handumdrehen zu schaffen, so sei das nichts weiter als eine der bekannten kommunistischen Illusionen.

Die Vorlage geht an den Siedlungsausschuß.

Bei der Beratung der Mitteilungen über die Aenderung des Tarifs für

die Gebühren der Kreisärzte und Chemiker

fordert Genosse Dr. **Weyl** die Einführung der Wertbeständigkeit für diese Gebühren. Es sei jetzt endlich Zeit, daß im Interesse größerer Sparsamkeit endlich einmal der sozialdemokratischen Anregung entsprochen werde, damit nicht ewig immer wieder diese Vorlagen unnütz Zeit und Geld erforderten.

Das Haus beschließt im Sinne der Anregung des Abg. Dr. Weyl. Die Vorlage geht an den Bevölkerungsausschuß, ebenso die sozialdemokratischen Anträge auf Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft für sämtliche Wohlfahrts- und soziale Ministerien, sowohl für die Wohlfahrtsabteilungen aller Zentralstellen im Reiche und in den Ländern, ferner die sozialdemokratischen Anträge auf planmäßige Verwendung der gesamten vorhandenen Mittel zur Eindämmung der aus der Prostitution und den Geschlechtskrankheiten sich ergebenden Schäden.

Nachdem dann noch verschiedene kleinere Vorlagen an die entsprechenden Ausschüsse überwiesen oder in erster und zweiter Beratung angenommen worden waren, vertagte sich das Haus auf Mittwoch, 1 Uhr.

Noch einmal versuchten zum Schluß die Kommunisten, ihre bekannten Anträge, die sie schon zu Beginn der Sitzung gestellt hatten, auf die Tagesordnung vom Mittwoch zu setzen. Das gelang ihnen nicht und deshalb schrien die von den Kommunisten bestellten angeblichen Vertreter der kommunistischen Betriebsräte auf den Tribünen allerlei Drohungen in den Saal, die das Haus jedoch mit der größten Gelassenheit anhörte. Der Präsident ließ die Tribünen räumen.

Der Kommunist Schulz-Neukölln ließ dann noch eine seiner bekannten Schimpfreden vom Stapel.

Die Tagesordnung vom Mittwoch enthält nur kleinere Vorlagen. Noch längere Zeit nach Schluß der Sitzung stehen die Abgeordneten in verschiedenen Gruppen im Saal und in den Gängen, um den neuen kommunistischen Skandal zu besprechen.

Wirtschaft

Auf dem Wege zur Goldwährung.

Die Umstellung des Kreditverkehrs, der, solange er in Papiermark erfolgte, die Sachbesitzer auf Kosten des Volksganzen in ungeheuerlicher Weise bereicherte und der Devisenspekulation Vorschub leistete, auf Goldgrundlage, ist im Gange. Unabhängig von der Ausgabe von Goldnoten, die in kürzester Frist erfolgen dürfte, richtet die Reichsbank in der Hauptsache gegen Devisineinzahlungen Goldkonten ein, von der in einem Goldmarkwert, der Kontomark = einem Zehntel Dollar, Ueberweisungen erfolgen können. In der Form von Checks und von buchmäßigen Goldübertragungen entwickelt sich auf diese Weise ein Geldverkehr, dem, solange die Goldnote nicht besteht, nicht mehr wirkliches Geld in Form von Goldmünzen oder staatlichen Goldzeichen zugrunde liegt, sondern das nur in den Büchern auftaucht, ein neues Buchgeld oder „Giralgeld"; dieses wird zu einem guten Teil den leider eingerissenen Devisenverkehr im Inland ersetzen. Da aber für den Geldverkehr im Inland Buchgeld allein nicht ausreicht, ergibt sich gleichzeitig die Notwendigkeit einer Goldnote, zu deren Schaffung die Goldnotenbank, die demnächst gegründet werden soll, berufen ist.

So geht die Wirtschaft, unterstützt von einer aktiven Währungspolitik der neuen Regierung, ihren Weg zur Goldwährung. Fast unmerklich vollzieht sich der Vorgang. Wer nicht selbst als Zeichner der Goldanleihe oder als Teilnehmer am wertbeständigen Sparverkehr der Sparkassen auf irgendeine Weise mit diesem Buchgeld in Berührung kommt, hört und sieht nichts davon. Im normalen Zahlungsverkehr und für die Steuerzahlung ist, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die Papiermark als gesetzliches Zahlungsmittel noch im Umlauf, und sie wird es, darüber darf kein Zweifel bestehen, noch eine ganze Weile bleiben.

Trotzdem ist der Fortschritt demjenigen, der in der Not der letzten Monate und trotz der persönlichen Sorge über die fortschreitende Teuerung und den sozialen Abstieg den Blick für Tatsachen offengehalten hat, unverkennbar. Daß es ein Fortschritt ist, wird ersichtlich, wenn man sich des erbitterten Widerstandes erinnert, den die bürgerlichen Parteien, in erster Linie das unglückliche Kabinett der Fachminister mit Cuno an der Spitze, diesen Forderungen geleistet hatten; wenn man ferner des zähen und scharfen Kampfes gedenkt, dessen es bedurft hat, um Reichsregierung und Reichsbank zur Anerkennung dieser Forderungen zu bringen.

Daß die Umstellung auf die neue Währung den breiten Massen zunächst unsichtbar bleiben muß, ist nur allzu sehr begründet. Einmal ist die Grundlage für eine allgemein durchführbare Währung nicht da. Darüber soll noch ausführlicher gesprochen werden. Dann aber soll ja die Einführung der Goldkonten ebenso wie die wertbeständigen Kredite dem Mißbrauch entgegentreten, der von ganz bestimmten Schichten mit der Mark so lange zum Schaden der Arbeiterschaft betrieben worden ist. Es sind das die Sachwertbesitzer, Produzenten und Großhandel; Leute, die ihr Geld wertbeständig anlegen oder erhalten wollten. Diese haben sich zu einem Teil zum Schutz gegen wirtschaftliche Verluste in die fremde Währung geflüchtet, mit ihr gearbeitet. Das ökonomische Interesse der Werterhaltung, das diese Leute leitete, war durchaus begründet. Sucht sich nicht auch die bescheidenste und wirklich jeder Spekulation fremde Arbeiterfrau lieber heute mit Lebensmitteln einzudecken, wenn sie genug Geld hat und wenn sie fürchten muß, daß sie dafür morgen weniger bekommt? Aber das Interesse der Devisenkäufer und Devisenzurückhalter widersprach dem der Allgemeinheit. Die Mark mußte weiter fallen. Und zu denen, die in begründetem Interesse sich an die Devisen klammerten, fand sich bald eine größere Zahl, welche merkte, daß sich dabei ein sehr gutes Geschäft machen ließ, weil ja die Papiermark leicht zu bekommen war und, wenn man sie sich borgte, in entwertetem Gelde zurückgezahlt werden konnte. Für die — nennen wir sie mal — anständigen Devisenkäufer kommt nun das Goldbuchgeld und die Goldnote; den Spekulanten aber muß das Geschäft verleidet werden, indem ihnen die Möglichkeit genommen wird, auf Kosten des Volksganzen in fremder Währung zu spekulieren. Sie müssen gezwungen werden, entliehenes gutes Geld in gutem Geld oder in einer entsprechend größeren Summe schlechten Geldes zurückzuzahlen. Das ist der Sinn aller auf die Umstellung des Kreditverkehrs getroffenen Maßnahmen. Da sie die von den Arbeitern zu tragende Inflationssteuer, die bis jetzt von den Sachwertbesitzern neben dem Staat erhoben wurde, vermindert um denjenigen Anteil, den jene Spekulanten einstrichen, ist das auch eine Arbeiterpolitik, wie wir sie seit langem gefordert haben und die endlich ihrer Erfüllung entgegengeht. Diese Maßnahmen sind auch ein wirksamerer Schutz gegen neue, heftigere Stöße am Devisenmarkt als Polizeiverordnungen. Da aber zunächst die fremden Devisen in den Händen der Großwirtschaft durch die Goldmark verdrängt werden soll, deren Ausgabe vom Reiche kontrolliert wird, ist es kein Wunder, daß der Uebergang zur neuen Währung der Arbeiterschaft ebenso unsichtbar bleibt wie es fast unbemerkt von ihr sich ereignet hat, daß die Reserven der Banken und die Ueberschüsse der Industrie in den letzten Jahren sich in fremde Währung verwandelt haben. An dem Erfolg der Maßnahmen kann das auf die Dauer nichts ändern, auch wenn ihre Durchführung mit mancherlei Gefahren verbunden ist, die überstanden werden müssen, soll an Stelle der unproduktiven Betrugswirtschaft wieder eine vernünftige Produktion treten.

Daß in der Kursgestaltung der Mark der Erfolg jetzt noch nicht in Erscheinung tritt, liegt auch daran, daß die fraglichen Maßnahmen erst in den letzten Wochen getroffen wurden und zur Auswirkung immerhin einige Zeit brauchen.

Abänderung der Berechnung der Landabgabe. Der Betrag, der bei Zahlung in Papiermark auf die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe (Landabgabe) für eine Goldmark zu entrichten ist, ist bisher mit einer Gültigkeitsdauer von einer Woche festgesetzt worden. Hieran kann mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen eingetretene besonders starke Entwertung der deutschen Valuta nicht mehr festgehalten werden. Der Goldumrechnungssatz für die Landabgabe wird daher von jetzt ab zweimal wöchentlich festgesetzt werden. Der am Donnerstag bekanntgegebene Umrechnungssatz gilt von Sonnabend der gleichen Woche bis einschließlich Dienstag der folgenden Woche; der am Montag bekanntgegebene Umrechnungssatz ist für die seit von Mittwoch bis einschließlich Freitag der gleichen Woche maßgebend.

Letzte Nachrichten.

Die Schwiegereltern und sich selbst erschossen.

Gestern, Dienstag nachmittag, hörte ein Vorübergehender aus der Wohnung des Schuldieners Julius Köhn, Turmstr. 75, drei Schüsse fallen. Das nächste Ueberfallkommando fand Frau Köhn blutüberströmt in der Küche tot auf. Köhn selbst lag im Schlafzimmer mit einer stark blutenden Brustwunde. Er wurde in das Moabiter Krankenhaus gebracht, wo er einige Stunden darauf verstorben ist. Er hatte noch angeben können, daß sein Schwiegersohn, der 37 Jahre alte Josef Neukirch, ihn und seine Frau durch mehrere Schüsse niedergestreckt habe. Man eilte nach der Wohnung des Täters im Hause Alt-Moabit 14 und fand ihn hier ebenfalls tot auf. Durch eine vierte Kugel hatte er sich selbst das Leben genommen. Der Beweggrund zu der Tat bedarf noch dringend der Aufklärung.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Lösung des Lohnproblems.

Unter dieser etwas anspruchsvollen Ueberschrift veröffentlicht die „Berliner Börsenzeitung" vom Dienstag einen Artikel von einem Generaldirektor „eines bekannten großen Industrieunternehmens", ohne allerdings weder dieses Industrieunternehmen, noch den Generaldirektor zu nennen.

Für den Herrn Generaldirektor kommt so ziemlich alles Elend von der „grundfalschen Lohnpolitik der Gewerkschaften". Diese bestände in einer verhängnisvollen Gleichmacherei in der Entlohnung. Der Herr Generaldirektor widerspricht sich in dieser Behauptung allerdings in demselben Artikel, indem er eine Spalte weiter unten erzählt, daß ein Tarif in der Eisenindustrie ein „dickbändiges Ungetüm" ist mit einer ungeheuren Anzahl von Lohnstufen und Arbeiterkategorien. Aber auf einige Widersprüche mehr oder weniger kommt es dem Generaldirektor nicht an. Er behauptet u. a., daß die Gewerkschaften möglichst gleich hohe Löhne für die qualifizierten wie für die nichtqualifizierten Arbeiter fordern, um dann aber in einer ihm wahrscheinlich geistreich dünkenden Bemerkung zu sagen, daß der Sozialismus seine Anhänger zu krassen Egoisten erzogen habe und daß jeder Arbeiter nur an sich selbst und nicht an seine Kollegen denke.

An all diesen Behauptungen ist nur das eine richtig: nämlich, daß heute der Lohnunterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern geringer ist als er vor dem Kriege war. Das liegt aber nicht daran, daß etwa die ungelernten Arbeiter zu hoch bezahlt werden, sondern an der Minderbezahlung der gelernten Arbeiter. Und hier trifft nicht die Schuld die Gewerkschaften, sondern die Unternehmer. Diese sind es, die sich einer ausreichenden Bezahlung der gelernten Arbeiter entgegenstellen. Die Lohnverhandlungen spielen sich in der Regel derart ab, daß zunächst die Löhne der gelernten Arbeiter festgesetzt werden. Diese sind dann aber so niedrig, daß man bei Festsetzung der Löhne der ungelernten Arbeiter nicht erheblich unter die Löhne der gelernten heruntergehen kann.

Die „Lösung", die der Generaldirektor vorschlägt, besteht darin, daß eine bestimmte Arbeit in ihrer Gesamtheit gegen eine zu bestimmende Lohnsumme den Arbeitern einer Fabrik übertragen werden soll, und diese dann unter sich ausmachen sollen, welcher Lohnanteil auf den einzelnen Arbeiter entfällt. Der Verfasser führt fort:

Die logische Folgerung dieses Systems ist der Fortfall der Reichstarifverträge und der zentralen Lohnverhandlungen, die sich allmählich zu einem Krebsschaden ausgewachsen haben. Die Arbeiterschaft wird ihr Heil nicht mehr in den großen Kampfgewerkschaften zu suchen haben, sondern in einzelnen Werkvereinen, und ich bin überzeugt, sie wird in ihrem fleißigen und tüchtigen Teile dadurch weit besser fahren als jetzt. Denn dieser Teil hat dann mit dem Arbeitgeber das gemeinsame Interesse, daß ihr Werk so vorteilhaft wie möglich arbeitet, daß jeder technische Fortschritt sofort ausgenutzt wird, weil das zu seinem Besten wirkt. Mir ist wohl bewußt, daß mein Vorschlag den jetzigen Gewerkschaften das Wasser abzugraben geeignet ist. Aber sollte das nicht zum Vorteile des Ganzen sein, wo namentlich die freien Gewerkschaften noch immer den „Klassenkampf" predigen? Und haben diese Gewerkschaften nicht selbst ihre Grundlage zerstört durch ihre verfehlte Lohnpolitik? Denn diese Lohnpolitik trägt einen großen Teil Schuld an der Inflation, und infolge dieser Inflation ist auch das, was einst die Stärke der Gewerkschaften ausmachte, nämlich ihr Vermögen, in nichts zerronnen, und damit ist es mit ihrer Macht vorbei. Der Popanz des Generalstreiks sollte heute bei uns in Deutschland wirklich niemanden mehr schrecken. Er würde keine drei Tage mehr durchzuführen sein und müßte aus Mangel an Mitteln sofort zusammenbrechen. Und das ist gut so; denn er war kein gewerkschaftliches, sondern ein rein politisches Kampfmittel geworden, während ein Streik doch wohl nur zur Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen bestimmt sein sollte.

Es überrascht uns nicht, einen Unternehmer als begeisterten Anhänger der von den Kommunisten empfohlenen Betriebsorganisation zu finden. Er sagt es ja auch ungeschminkt heraus, warum er für sogenannte Werkvereine ist. Dagegen auch nur ein Wort der Polemik zu sagen, halten wir für überflüssig. Wenn der Generaldirektor zum Schluß seines Artikels aber behauptet, daß jetzt große Teile der Arbeiterschaft nur Anwesenheitsgelder beziehen, dann verwechselt er offenbar die Mitglieder seines Verwaltungsrats mit den Arbeitern seiner Fabrik.

Ueber die Kernfrage, wie die Produktion gesteigert werden kann und muß, hat der „Vorwärts" bereits eine Reihe von Artikeln veröffentlicht. Wir verweisen dabei besonders auf die programmatischen Darlegungen des Genossen Dr. Martin Wagner. Die Frage der Produktionssteigerung ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Lebensfrage für unsere gesamte Wirtschaft, die mit solchen oberflächlichen und sinnlosen Behauptungen, wie dieser Generaldirektor sie in die Welt setzt, in keiner Weise gefördert wird.

Kommunistenterror.

Vom Bezirksleiter des Bezirks Spandau des Zentralverbandes der Zimmerer erhalten wir folgende Berichtigung:

Es ist unwahr, daß im Bezirk Spandau der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer der Bezirksleiter Strehl mit Hilfe eines gewissen Mogel ein altes Mitglied wegen Nichtbeteiligung am Generalstreik haben aus der Organisation ausschließen lassen und den Kassierer haben anweisen lassen, ihm keine Beiträge abzunehmen. Wahr ist vielmehr, daß der Bezirksleiter Strehl in der betreffenden Bezirksversammlung nicht anwesend war, da er durch eine wichtige Parteiveranstaltung verhindert war. Weiter ist wahr, daß der stellvertretende Bezirksleiter Mogel nur den gewerkschaftlichen Grundsätzen entsprechend gehandelt hat, indem er über den eingegangenen Antrag, den Ausschluß des Mitgliedes Wilhelm Knebel durch die Zahlstelle Berlin beim Zentralvorstand zu beantragen und ihm bis zur Klärung der Angelegenheit keine Beiträge abzunehmen, abstimmen ließ, da nach unserem Statut jede ordnungsmäßig einberufene Versammlung beschlußfähig ist. Unwahr ist weiter, daß K. wegen Nichtbeteiligung am Generalstreik ausgeschlossen werden sollte. Wahr ist vielmehr, daß K. in der Bezirksversammlung am 11. August 1923, in der zur Frage des Generalstreiks Stellung genommen wurde, im Verlaufe der Diskussion wohl Bedenken gegen den Generalstreik äußerte, dann aber zum Schluß seiner Ausführungen erklärte, daß die Berliner Zimmerer auf Grund ihrer bisher zur Betriebsrätebewegung gefaßten Beschlüsse verpflichtet seien, sich am Generalstreik zu beteiligen. Die Versammlung beschloß dann auch einstimmig die geschlossene Beteiligung am Streik. Am Montag, dem 13. August 1923, ist K. dann aber arbeiten gegangen. Nur weil K. am 11. August 1923 für Beteiligung am Streik gesprochen hat und dann arbeiten gegangen ist, sollte der Ausschlußantrag gestellt werden. In der folgenden Bezirksversammlung am 25. August 1923 erklärte ich als Bezirksführer, ohne irgendwelche Beeinflussung von oben herab, vor Eintritt in die Tagesordnung, daß, da der Generalstreik kein gewerkschaftlicher war, das Statut keine Handhabe biete, K. aus der Organisation auszuschließen, und damit der Beschluß der vorigen Versammlung hinfällig sei, und K. infolgedessen wieder in seine vollen Rechte gesetzt sei. Hiergegen wurde kein Widerspruch erhoben. Es ist weiter unwahr, daß der schwache Versammlungsbesuch daher rührt, daß ein großer Teil der Mitglieder, angeekelt von dem wüsten Treiben der kommunistischen Radauhelden, sich zurückgezogen hat. Wahr ist vielmehr, daß ich, solange ich Bezirksleiter bin, meinen ganzen Einfluß dahin geltend gemacht habe, daß alle Meinungsverschiedenheiten auf sachliche Art und Weise ausgetragen wurden, was mir bis heute auch in allen Situationen gelungen ist.

Soweit die Berichtigung, die in Wirklichkeit nur bestätigt, daß K. wegen Nichtbeteiligung an dem von der KPD. entgegen den gewerkschaftlichen Beschlüssen ausgerufenen Generalstreik auf Antrag des Bezirks Spandau ausgeschlossen werden sollte. Was die kommunistische Leitung der Berliner Zimmerer unter „sachliche" Austragung der Meinungsverschiedenheiten versteht, darüber sind wir anderer Meinung. Wir sind z. B. nicht der Meinung, daß es eine sachliche Austragung von Meinungsverschiedenheiten ist, ein Mitglied statutwidrig auszuschließen.

Lohnbewegung der Mineralwasserarbeiter.

Die Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher aus den Mineralwasserbetrieben Groß-Berlins, die im Deutschen Verkehrsbund organisiert sind, hatten mit dem Berliner Verband der Mineralwasserfabrikanten eine Verhandlung zwecks Festsetzung der Lohnsätze. Den Arbeitgebern waren die nach dem bekannten Index zugestandenen Lohnsätze zu hoch, weshalb eine Einigung in freier Vereinbarung nicht erzielt werden konnte. Die Organisation hat daraufhin den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen und dieser hat fast einstimmig am 30. August einen Schiedsspruch gefällt, der die Lohnsätze regelt. Dieser Schiedsspruch ist von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Eine am 10. d. M. stattgehabte Verhandlung vor dem Demobilmachungskommissar brachte alsdann folgende Entscheidung:

1. Der Antrag auf Verbindlicherklärung des Schiedsspruches vom 30. August 1923 wird zurückgezogen. 2. Der Schiedsspruch wird für die verflossenen 2 Wochen, vom 24. August bis 8. September 1923 anerkannt. Die Lohnwoche dauert von Montag bis Sonnabend mit der Maßgabe, daß bis zum Freitag jeder Woche 70 Proz. des Bruttolohnes vorausgezahlt werden müssen. Die jeweilig bekanntgegebene Indexziffer ist unter 5 bis 10 Proz. nach unten, über 5 bis 10 Proz. nach oben abzurunden. Den Mitgliedern dies zur Kenntnis, um nunmehr die bekannten, vereinbarten Löhne zu erlangen.

Funktionärversammlung der chemischen Industrie.

Am Montag tagte im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine sehr stark besuchte Funktionärversammlung der chemischen Industrie, um zur Situation sowie zu den letzten Lohnverhandlungen Stellung zu nehmen. Reimann gab einen Ueberblick über den Gang der letzten Lohnverhandlungen und kam zu dem Schluß, daß, trotzdem zurzeit wieder eine Lösung der Lohnfrage gefunden scheint, die Arbeiterschaft der chemischen Industrie trotz Kurzarbeit in ständiger Kampfbereitschaft stehen muß.

In der ausgedehnten Diskussion wurde dem durch Reimann vorgetragenen Standpunkt der erweiterten Verwaltung von allen Rednern zugestimmt. Der Schiedsspruch des BTA. Chemie, der für die Zeit vom 5. bis 11. September eine Verdoppelung der Löhne sowie Erhöhung der Familienzulage bringt, wurde angenommen.

Die Tarife, die nicht mehr zugesandt werden, sind ab Dienstag, den 11. September, gegen Erstattung der Selbstkosten auf dem Bureau des Verbandes der Fabrikarbeiter in Empfang zu nehmen.

Lohnvereinbarung in der Chirurgiemechanik. Mit Wirkung vom 2. bis 9. September werden die Löhne, Akkordbasen und festen Stundenzuschläge für Chirurgiemechanik, Orthopädie und Bandagen um 94 Proz. auf die Löhne der Vorwoche erhöht. Arbeiterinnen auf Orthopädie und Bandagen erhalten 75 Proz. des Männerlohnes. Jugendliche von 14 bis 18 Jahren erhalten die Sätze nach dem BBMB. Nähere Information in der Branchenversammlung.

Die Ortsverwaltung.

Für das Chemigraphie-, Kupferdruck- und Lichtdruckgewerbe wurden gestern zwischen den Organisationen folgende Löhne für die Zeit vom 8. bis 14. September festgelegt: im ersten Gehilfenjahr 63 Millionen, bis 21 Jahre 72 Millionen, von 21—24 Jahre 81 Millionen, über 24 Jahre 90 Millionen. Die Lehrlinge erhalten eine Erhöhung des wöchentlichen Kostgeldes um 75 Proz.

Angestellte des Elektro-Großhandels! Für diese Branche fällte der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, daß als Augustgehalt fünfundzwanzig Juligehälter zu zahlen sind. Da die Arbeitgeber diesen Schiedsspruch nicht anerkannt haben, hat der Zentralverband der Angestellten die Verbindlichkeitserklärung beim Demobilmachungskommissar beantragt. Von dem Ergebnis dieser Bemühungen werden wir an gleicher Stelle Nachricht geben. Ueber die Septembervorauszahlungen schweben noch Verhandlungen, von deren Ergebnis wir in der Presse berichten werden.

Zentralverband der Angestellten.

C. Flohr A.-G., Werke Berlin und Wittenau. VSPD.-Fraktionsversammlung am Freitag, nachm. 5½ Uhr, bei Damo, Berlin, Schlegelstraße 9. Vortrag: „Die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Situation."

Der Fraktionsvorstand.

Achtung, VSPD.-Fleischer! Freitag, 7½ Uhr, in Boekers Festsälen, Weberstr. 17, sehr wichtige Zusammenkunft aller VSPD.-Genossen. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert.

Der Fraktionsvorstand.

Achtung Hochbahner! Donnerstag, abends 7 Uhr, Fraktionssitzung der VSPD.-Kollegen.

Der Fraktionsvorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin. Wiedereingestellte Straßenbahner, Donnerstag, abends 6½ Uhr, Versammlung in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Wichtige Tagesordnung.

Das Lohnkartell.

Achtung! Buchdrucker in den Filmbetrieben! Donnerstag um 4 Uhr nachm. Alexandrinenstr. 44 (Graph. Vereinshaus), Zusammenkunft aller Mitglieder in den obengenannten Hausdruckereien zwecks Aussprache und Information.

Der Gauvorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband. Musikinstrumentenarbeiter. Donnerstag, abends 7 Uhr, Vertrauensmännerversammlung im „Reichenberger Hof", Reichenberger Straße. Bericht über die Lohnverhandlungen. — Rahmen- und Goldleistenbranche! Donnerstag, 6½ Uhr, Versammlung aller Funktionäre bei Kraatz, Adalbertstr. 21. Bericht von den Lohnverhandlungen. — Versammlung aller arbeitslosen Mitglieder in den Residenz-Festsälen am Freitag, nachmittags 2½ Uhr. — Theater- und Filmtischler! Branchenversammlung am Donnerstag, abends 7 Uhr, im Arbeitslosensaal, Rungestr. 30. Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung. Verschiedenes. **Die Kommission.**

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein, Berlin-Wilmersdorf; Wirtschaft: Artur Saternus, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Feuilleton: K. H. Döscher, Wilmersdorf; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt, Wilmersdorf; Anzeigen: Th. Glocke, Berlin.
Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage.

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne 7¼ Uhr: Weh dem, der lügt

Lessing-Th. Heute u. morg. 7½: Wie es euch gefällt. Frtg. 7½: Bürger Schippel

Deut. Künstler-Th. Allabendl. 7½: Der Fürst v. Pappenheim

Theater i. d. Königgrätzer Str. 8 Uhr: MUSIK

Komödienhaus 7 Uhr: Première Mein Vetter Eduard

Theater des Ostens 7¼ Uhr: Verheiratete Junggesellen

Casino-Theater 8 U. Die neuen Reichen 8 U.

Reichshallen-Theater Tägl. 7½ U. Stett. Sänger.

Th. a. Kottb. Tor Täglich 7½ Uhr u. Sonntag nachmittag 3 Uhr: ELITE-Sänger u. a. Das süße Mädel

Wintergarten Variété-Progr.! Sonntag, 16. Sept. Wiederbeginn d. Nachm.-Vorstellg. Halbe Preise. Bea. 3½ U.

Theater im Admiralspalast Tägl. 7¼ Uhr Drunter und drüber

Deutsch. Opernhaus Abends 7½ Uhr: Tosca

Große Volksoper im Theat. d. Westens 7½: Barb. v. Sevilla

Intimes Theater 8: Diplomat im Dienst D. blaue Pyjama etc.

Lustspielhaus Dir. Hz. Saltenburg Gastsp. „Die Truppe" 7: Kaufm. v. Venedig

Metropol-Theater Geschlossen. Sbd., 15. Sept., z. 1. Male: 7 Uhr: Casinogirls

Neues Theat. a. Zoo 7½ Uhr: Von 5—7

Thalia-Theater 7½ U.: Herrschaftl. Diener gesucht

Theater i. d. Kommandantenstr. 7 Uhr: Première Charlie

Wallner-Theater 8: Die tolle Lola

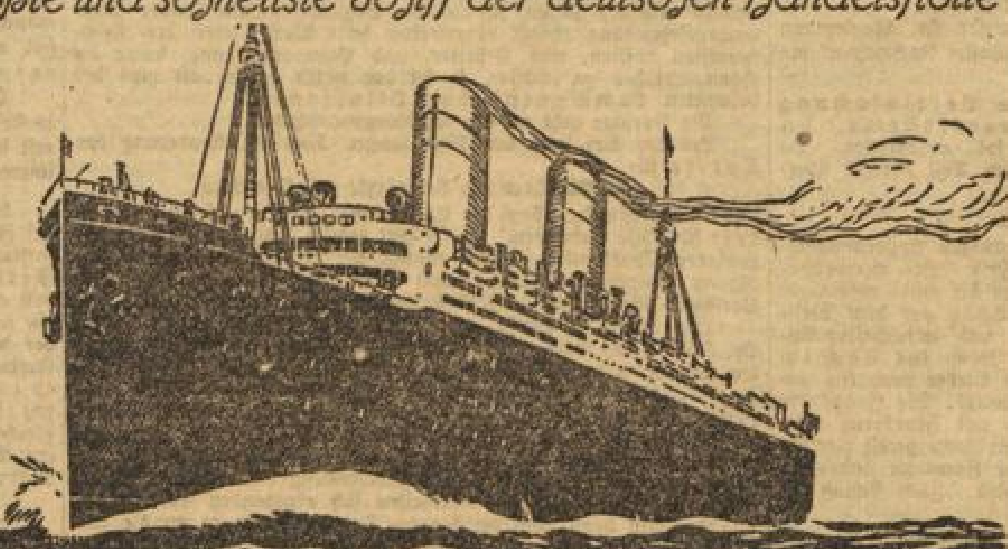
Buchhdl. Vorwärts Berlin SW, Lindenstr. 2

Sonntage eines Großstädters in der Natur. Von Kurt Grottewitz. Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche. Preis-Grundzahl gebund. M. 1.— brosch. M. 0.30

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

»COLUMBUS«

das größte und schnellste Schiff der deutschen Handelsflotte



BREMEN-NEWYORK

Kostenlose Auskunft NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN u. sämtl. Vertretungen

In Berlin W 8: Norddeutsch. Lloyd, Kajütenbureau Berlin, Unter den Linden 1 (Hotel Adlon).
In Berlin NW 40: Generalvertretung: F. Montanus, Invalidenstr. 93.
In Berlin W 9: Transatlantisches Reise- und Verkehrsbureau, Budapester Straße 5.
In Berlin W 8: Weltreisebureau „Union" Unter den Linden 22.

Rennen zu Grunewald Mittwoch, d. 12. Septbr. nachm. 2 Uhr

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 183 bis 186 und 6092 bis 6095.

Heute, Mittwoch, den 12. September, nachm. 5 Uhr, im Lokal von Döring, Naunynstraße 27

Branchenversammlung der Metallformer und Berufsgenossen.

Tagesordnung: Bericht über unsere Lohnverhandlungen.
Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist das Erscheinen aller Kollegen Pflicht.

Donnerstag, den 13. September, nachmittags 5 Uhr, in den „Sophiensälen", Sophienstraße 16/17

Versammlung sämtlicher in der chirurgischen Branche beschäftigten Kolleginnen und Kollegen.

Tagesordnung: 1. Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. 2. Diskussion über die Kündigung des Lohnabkommens.
Bei der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen zu erscheinen.

Donnerstag, den 13. Septbr., nachmittags 5 Uhr, im Kriegervereinshaus, Chausseestraße 94

Versammlung der Bau-, Geldschrank- und Möbelschlosser.

Das Erscheinen aller ist Pflicht.
42/16 Die Ortsverwaltung.

Marken-Zigaretten
Tabak u. Zigarren Garbaty, Halpaus Constantin, Kermitry, Avramikos, Muratti, gibt ab unt. Tagespr.
Arno Geßner, Tabakwaren-Großhandlg., Werftstr. 21. Teleph. Moabit 2114.

Bettstellen in Metall u. Holz … Eisenmöbelfabrik Suhl (Thüringen)

Beschwerden | # Das unzufriedene Berlin | Vorschläge

Die Besoldung der Beamten.

Von einem Beamten wird uns mit der Bitte um Veröffentlichung das Folgende übersandt:

Wie unberechtigt das Sturmlaufen gegen die Höhe der Besoldung der Beamten gewesen ist, haben zum Teil die Erwiderungen aus der Beamtenschaft erwiesen. Im ruhigeren Stadium des Abebbens möchte ich nun noch einen Vergleich ziehen, wie ich ihn in keiner Entgegnung gefunden habe und der vielleicht ein treffendes Bild von „einst" und „jetzt" geben dürfte. Meine eigene Lage will ich schildern. Ich bin Beamter der Gruppe 10 in Berlin, verheiratet und habe zwei Kinder im Alter von 5 und 10 Jahren. Unter Friedensverhältnissen würde ich heute ein Gehalt von 5400 M. + 1300 M. Wohnungsgeldzuschuß jährlich oder rund 558 M. monatlich beziehen. Ich erhalte jetzt monatlich an Gehalt, Ortszuschlag und Kinderbeihilfe 1 239 000 + 162 000 + 170 000 M. nebst 13 530 + 2112 Proz. Zuschlag und 7 500 000 M. Frauenbeihilfe; im ganzen also monatlich 254 806 820 M. (Gemeint ist wohl für August. D. R.) Von diesen Monatsbeiträgen ziehe ich ab: Steuern 16 960 700 M., Miete 4 100 000 M., Gas (100 Kubikmeter) 35 000 000 M., Kohlen (5 Zentner) 15 000 000 M., Fahrkarte 4 500 000 M. Zusammen: 75 560 700 M. Es verbleiben mithin für die übrigen Lebensbedürfnisse: 179 246 120 M.

Diese übrig bleibenden Beträge zur Bestreitung aller anderen Bedürfnisse verhalten sich wie 1 : 427 285. Dabei ist die Berechnung noch zu günstig aufgestellt. Es sind „jetzt" nur 10 Proz. Steuern angesetzt, obwohl ich mit einer Nachzahlung rechnen muß; Kirchensteuern (? d. Red.) sind nicht berücksichtigt; die Kosten für Instandhaltung der Wohnung sind „jetzt" außer Ansatz gelassen, obwohl sie „einst" der Hauswirt tragen mußte. Nun möge jeder Unbefangene weiter rechnen, wie ich mich „bei den unglaublich hohen Bezügen" für den Rest der notwendigsten Lebensbedürfnisse einschränken muß. Hinzu kommt, daß ich moralisch gehalten bin, durch die Zeitverhältnisse mittellos gewordene nächste Angehörige zu unterstützen, die sonst nicht daran gedacht hätten, von mir etwas anzunehmen. An Arzt und Apotheke darf ich nicht denken, und an einen sonstigen Lebensgenuß, Theater, Konzert, Erholungsreise, Glas Bier, ebensowenig. Was kostet heute das Waschen und Plätten der Wäsche? Und was erst kostet die Instandsetzung oder gar der Ersatz irgendeines Gegenstandes in der Wirtschaft? Wir wollen doch nicht mit großem Wortschwall über die vielen Nullen reden, sondern ernstlich mit Bleistift und Papier errechnen, wie wenig hinter diesen Nullen steckt. „Aber der Beamte hat keine Not!"? Man muß es rückhaltslos bewundern, mit welch klugem Geschick die wahrlich nicht zu beneidende Hausfrau es fertig bringt, den Haushalt bei den „hohen Bezügen mit den vielen Nullen ohne Kaufkraft" trotzdem noch aufrecht zu erhalten. Wer sah denn früher auf die Beamten wegen ihrer geringen Bezahlung minderachtend herab? Zum großen Teil doch diejenigen, die jetzt ohne Berechnung und ohne Berechtigung schrien und schrieben. Mein Einkommen „jetzt" hat nicht ein Fünftel der Kaufkraft meines Einkommens von „einst". Die Preise, die ich zahlen muß, sind dagegen durchweg „wertbeständig". G.

Nachschrift der Redaktion: Der Einsender scheint sich über die Einkünfte der Lohnempfänger, der Privatangestellten und Arbeiter nicht unterrichtet zu haben. Er hätte dann ersehen müssen, wie glücklich die anderen sein würden, wenn sie über die gleiche Kaufkraft verfügten.

Nochmals die Gasbetriebsgesellschaft.

Bei der Gasbetriebsgesellschaft bestehen zwei Arten der Bezahlung: einmal die übliche Standaufnahme mit Rechnungszustellung, zweitens Automatengasmesser, für die man als Zahlungsform Wertmarken geschaffen hat; eine Einrichtung, die sowohl vom Standpunkt des Kunden wie des Lieferanten als Ideal bezeichnet werden kann. Der Kunde kann den Gasverbrauch seiner jeweiligen Kaufkraft anpassen und die Gesellschaft hat somit den Vorteil, sofort Geld in ihre Kassen zu bekommen. Wie nun diese Gesellschaft (um ihre eigenen Worte zu gebrauchen) „den Frieden mit ihren Kunden wiederherstellt", beweist der bei mir erfolgte Besuch des Gaskontrollbeamten; die gekauften Marken wurden mir gegen Quittung abgenommen und an Stelle des Verkaufs von Wertmarken tritt jetzt Standaufnahme und nachträgliche Bezahlung ein. Statt die eingangs erwähnte angenehme Zahlungsweise beizubehalten und eventuell noch weiter auszubauen, wird die Kundschaft diktatorisch mit einer Verschlechterung beglückt, die für jeden einzelnen eine Härte bedeutet. Jetzt, wo man fast keine Kohlen bekommt, muß man im Durchschnitt pro Monat mit 80 Kubikmeter Gasverbrauch rechnen. 80 Kubikmeter à 500 000 M. ergeben die stattliche Summe von 40 Millionen Mark. Kein Arbeiter oder Angestellter wird imstande sein, diese Summe stets zur Hand zu haben.
W. G., Adlershof.

Auch eine soziale Tat.

Wie allgemein bekannt, kaufen große Firmen, falls sich ihnen eine günstige Gelegenheit bietet, von Zeit zu Zeit größere Mengen Lebensmittel auf, die sie dann ihren Angestellten und Arbeitern zur Verfügung stellen. Diesem an sich „löblichen" Beginnen stand bisher das Bankhaus H. u. Co. mit vornehmer Ablehnung gegenüber. Neuerdings aber, als die Lebensmittelpreise eine immer blödsinnigere Höhe erklommen, sagte es sich, daß nun auch seinerseits etwas geschehen müsse, um der ständig wachsenden Not seiner Angestellten zu steuern, und so kaufte es, um zunächst den allerdringendsten Bedürfnissen abzuhelfen, je eine Fuhre Klosettpapier und Butterbrotpapier. Der Konferenz, die dem Kaufakt vorausging, habe ich zwar nicht beigewohnt, ich habe aber von unterrichteter Seite gehört, daß einer der leitenden Herren ausführte, über die Notwendigkeit und Annehmlichkeit eines gediegenen Klosettpapiers könne gar kein Zweifel bestehen, und die schönst belegten Butterbrote hätten ihren Zweck verfehlt, wenn sie nicht eingewickelt werden könnten. Dieser von durchschlagender Logik getragene Standpunkt fand allgemeine Zustimmung, und auch darüber herrschte vollkommene Einigkeit, daß ein ungeheurer Run der Angestelltenschaft auf diese köstliche Ware zu erwarten sei, und so wurde denn gleich von vornherein dekretiert, daß mehr als je drei Rollen (die Rolle Klosettpapier zu 103 000 M. und die Rolle Butterbrotpapier zu 240 000 M.) an einen einzelnen Käufer nicht abgegeben werden könnten. Der Erfolg entsprach jedoch nicht den Erwartungen. Die Angestelltenschaft vermochte leider nicht das nötige Interesse für diesen schönen Akt sozialer Fürsorge aufzubringen, zeigte dem rollenden Material vielmehr die kalte Schulter, und so ist leider zu befürchten, daß es bei diesem wohlgemeinten ersten Versuch sein Bewenden hat und daß der bereits für die nächste Zeit beabsichtigte Erwerb eines größeren Postens Stiefelschmiere nicht zur Ausführung gelangt.

Winterbekleidung wird zurückgehalten.

Eine erhaltene außerordentliche Beihilfe zur Beschaffung von Wintervorräten wollte ich zum Teil für Ergänzung von Winterbekleidungsstücken verwenden. — Im Warenhaus Tietz, in der Großen Frankfurter Straße, wurde mir auf meine Bitte um Vorlegung von Kindergamaschen von der Verkäuferin geantwortet, es wären nur Herrengamaschen da, im übrigen solle ich wiederkommen, wenn die Jahreszeit heran wäre. — Aehnlich erging es mir bei Jandorf, wo ich einen wollenen Sweater forderte. Die Verkäuferin bestritt nicht, daß solche am Lager seien, erklärte mir aber kurz und bündig, daß „ja jetzt die Saison für Wintersachen noch gar nicht sei", und sie mir deshalb damit nicht dienen könne. Wenn nun die „Saison" heran ist: Bekomme ich die Sachen für den heutigen Preis? Wohl kaum! Also nützt es mir auch nichts, wenn ich das Geld bis zum Winter liegen lasse. M. Ste.

Ueber verzögerte Auszahlungen der Kurzarbeiterunterstützungen wird immer wieder Klage geführt. Aus einem größeren Betriebe der Berliner Metallindustrie berichtet man uns, daß die bereits in der 17. Lohnwoche (22. bis 28. April) fällig gewesenen Unterstützungen erst vor einigen Tagen zur Auszahlung gelangten. Die Unterstützung, die ungefähr 7800 M. beträgt, ist heute vollkommen wertlos, und mit Recht fragen die davon Betroffenen, was sie mit dieser „Summe" beginnen sollen. *-der*

Erhöhung auch der Sonntagsrückfahrkarten

Wie alle Fahrpreise, werden leider auch die Preise für Sonntagsrückfahrkarten erhöht. Diese Fahrkarten werden nur zu einem geringen Teil von Ausflüglern, zu einem weit größeren von Siedlern benutzt. Die Eisenbahndirektion sollte den Wünschen der Siedler noch dahin entgegenkommen, daß sie die Gültigkeit der Fahrkarten noch auf alle Montagfrühzüge erweitert.

Die Preise für Sonntagsrückfahrkarten (zur Hinfahrt ab Sonnabend mittag, zur Rückfahrt bis Sonntag mitternacht gültig), die gegen die gewöhnlichen Fahrpreise um 40 Proz. ermäßigt sind, werden seit dem 1. September ebenfalls nach Grundpreisen berechnet, die mit der jeweils gültigen Schlüsselzahl (zurzeit 600 000, ab 11. September 1 500 000) zu multiplizieren sind. Die Grundpreise, die von jetzt ab, unverändert bleiben, sind folgende: vom Stettiner Bahnhof nach Biesenthal 3. Kl. 1,20 M., 4. Kl. 1 M., Melchow 1,30 und 1,10 M., Eberswalde 1,80 und 1,40 M., Chorinchen oder Niederfinow 2,20 und 1,70 M., Chorin oder Falkenberg 2,30 und 1,80 M., Freienwalde 2,60 und 2 M.; nach Fichtengrund 1,30 und 1,10 M., Nassenheide 1,30 und 1,10 M., Löwenberg 1,70 und 1,40 M., Gransee 2,20 und 1,70 M., Fürstenberg 3,20 und 2,40 M., nach Werbellinsee 2,60 und 1,90 M., Joachimsthal 2,60 und 2 M. Vom Schlesischen Bahnhof (von Stadtbahnstationen 20 Pf. mehr) nach Rehfelde 1,30 und 1,10 M., Dahmsdorf-Müncheberg 1,80 und 1,40 M., Buckow 2,10 und 1,70 Mark; nach Werneuchen 1,30 und 0,90 M., Tiefensee 1,60 und 1,10 M. (zurück auch von Strausberg gültig), Lauenberg 1,90 und 1,30 M. Vom Görlitzer Bahnhof (oder Stadtbahn) nach Groß-Besten 1,30 und 1 M., Teupitz-Groß-Köris 1,70 und 1,30 M., Halbe 2 und 1,50 M., Brand 2,40 und 1,80 M., Lübben 3 und 2,20 M., Lübbenau 3,50 und 2,60 M.; nach Storkow 1,90 und 1,50 M., Hubertushöhe 2,10 und 1,60 M., Scharmützelsee 2,30 und 1,70 M., Beeskow 3,10 und 2,30 M. Vom Potsdamer Bahnhof nach Caputh-Geltow über Wildpark 1,30 und 1,10 M., Ferch-Linnowitz 1,50 und 1,30 M. — Die Sonntagsrückfahrkarten nach Lindow (Mark), Rheinsberg und Löwenberg werden bis auf weiteres nicht mehr ausgegeben.

Opfer der Nacht.

Auf seinem Kutschbock erschlagen.

Die Erregung über die letzten beiden Bluttaten in Berlin ist noch nicht verebbt, und schon ist es ein neuer, grauenerregender Mord, der mit entsetzlicher Deutlichkeit Kunde gibt von der Unsicherheit, die in den durch die wirtschaftliche Notlage dunkel gewordenen Straßen Berlins herrscht.

In der Reichsstraße, in der Nähe der Witzleben- und Preußenallee, wurde in einer der vergangenen Nächte von einem Wächter ein Droschkenkutscher schwer verletzt und bewußtlos auf dem Bock seiner mit einem Schimmel bespannten Droschke zusammengebrochen aufgefunden. Der Wächter brachte ihn nach dem Krankenhaus Westend und den Wagen nach der Revierwache. Der Kutscher starb im Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Er wurde jetzt festgestellt als der Kutscher Groth. Mit einem Stück Gasrohr hatte er einen schweren Schlag an die linke Kopfseite erhalten. Nur das Spritzleder hatte ihn auf seinem Bock festgehalten. Der Hieb mit dem Gasrohr hatte dem Kutscher die linke Seite seines Wachslederhutes durchschlagen und ihm den Schädel zertrümmert. Der Beweggrund zu dem Ueberfall ist noch ganz rätselhaft. Ueberfälle auf Kutscher sind in der letzten Zeit bereits fünfmal verübt worden, und in der Regel viel zu spät zur Kenntnis der Behörde gekommen. Für die Aufklärung des noch ganz dunklen Verbrechens ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen, die streng vertraulich behandelt werden, nehmen Kriminalkommissar Werneburg und Kriminalassistent Brumme im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 601 und 433, entgegen.

Dreißig Millionen Geldstrafe für eine Taube! Das Marktgericht zu Werder a. H. verurteilte den Händler August Falkenberg zu 30 Millionen Geldstrafe, weil er eine Taube, die er mit 50 000 M. eingekauft hatte, eine Stunde später mit einer Million verkauft hatte.

24]

Kilian.

Roman von Jakob Bührer.

Seit er Croupier war, sah er sie regelmäßig. Fast immer kam sie in Begleitung von ein paar eleganten Herren, immer anderen, die dann sehr rasch anfingen zu spielen, worauf sie gelegentlich verschwand. Das war wohl ihre Beschäftigung, die Leute zum Spielen heranzubringen. — Daß das gerade ein sehr ehrenvoller Beruf war, darüber konnte man freilich streiten. Aber wenn Kilian erst Geld genug hätte . . .

Und eines Tages konnte er es nicht mehr verwinden und er schrieb ihr einen zweiten noch leidenschaftlicheren Brief und versicherte ihr aufs neue, daß sie über ihn verfügen möge. Er sei zu jeder Tat und zu allem Tun entflammt.

Sie ließ darauf nichts von sich hören, aber einige Zeit später erhielt Kilian eine Einladung zu Ostrawin Semjanotscheff. Kilian erinnerte sich sofort, diesen Namen aus Esthers Mund gehört zu haben. Es war der alte Herr, der damals bei der Bootfahrt der Anarchistengesellschaft dabei gewesen war.

Als Kilian sich zur angesetzten Zeit bei Semjanotscheff einfand, wurde er in ein vornehm ausgestattetes Zimmer geführt, das an den Wänden ganz voll Bücher war. Auf einem kleinen Tisch brannte eine Spiritusflamme unter einem Teekessel.

Die Tür ging auf, und der alte Herr kam herein, an seiner Seite, jung und schön, wie immer, Kilians heimlich Geliebte. Beide grüßten Kilian herzlich und ohne Aufhebens, als wäre er seit Jahren ihr Freund und Gast. Später kamen auch Mettler und der Große mit dem Amerikanerschädel. Mabel nannten sie ihn, während der Alte nur mit „Meister" angesprochen wurde. Der schönen Frau aber gaben alle nur den Vornamen Esther.

Die Rede kam sofort auf die Politik, und man sprach ausgiebig von den Unzulänglichkeiten der Demokratie im allgemeinen und der schweizerischen im besonderen. Mabel vertrat die Ansicht, daß es nirgends einfacher wäre, als in der Schweiz eine Revolution durchzuführen. Mit hundertzwanzig mit Maschinengewehren versehenen Automobilen sei der ganze Staatsstreich zu bewältigen. Die kleine Schar der politischen und militärischen Führer müsse verhaftet und wenn nötig, an die Wand gestellt werden, und schon habe man das ganze Völklein in der Hand. —

Kilian wagte einzuwenden, daß man sich vielleicht täusche. Es frage sich, wie sich die Bauernschaft verhalten würde. Es könne sein, daß sie wenig Verständnis für das Neue hätte und großen Widerstand . . ."

„Dann würde man sie zwingen," schnitt Mabel den Einwand ab. „Im schlimmsten Fall würde eine Revolution in der Schweiz fünfzigtausend Tote kosten. Das wäre nicht so übel."

Kilian schwieg. Aber Mabel sagte leichthin: „Wie denken Sie darüber, mein junger Freund, würden Sie den Staatsstreich wagen, wenn Sie wüßten, fünfzigtausend Ihrer Landsleute bleiben auf der Strecke?"

Es blitzte in Kilians Hirn auf: Diese Sekunde entscheidet! Er sah Mabel ruhig ins Auge und sagte: „Selbstverständlich!"

Nachher ließ er seinen Blick nach Esther schweifen, die gleichgültig die Asche einer Zigarette in eine Schale streifte.

„Uebrigens," fügte Kilian hinzu, „Voraussetzung wäre, daß ein Erfolg gesichert ist."

Ein Erfolg ist bei keiner Revolution gesichert, junger Mann," lachte Mabel.

„Doch!" warf hier Semjanotscheff ein, „die Frage des Erfolges einer Revolution hängt von ihrer Vorbereitung ab. Diese Vorbereitung aber beruht nicht auf der Bereitstellung von Maschinengewehren, sondern der Gehirne der Massen."

„Ihre Ansicht kenne ich, Meister," sagte Mabel und verneigte sich leicht vor Semjanotscheff, „und Sie wissen ja, wie sehr wir im Endziel einig sind."

„Die Frage ist," fuhr Semjanotscheff fort und wandte sich an Kilian, „ob die Denkart des Volkes in der Schweiz für eine Revolution reif ist. Unsere Freundin Esther hat mir gesagt, daß Sie sich für die Sache des Anarchismus interessieren. Ich habe übrigens in einem Zeitungsausschnitt mit Vergnügen Ihre Rede vor den Geschworenen gelesen. Sie ist mit ein neuer Beweis, daß die Sache des Anarchismus eigentlich im Herzens des Volkes wurzelt. — Was wir einzelne denken, das denkt zwar die Menschheit nicht, verleugnet es vielmehr aus einer irregeleiteten Selbstsucht heraus, aber sie empfindet es im tiefsten Herzen als durchaus selbstverständlich und richtig. — Nun ist freilich eine Demokratie mit so hoch entwickelten Volksschulen, wie sie die Schweiz besitzt, der denkbar schlechteste Nährboden für ursprüngliche, überlieferungslose, das heißt wahrhaft freie Ideen. Darum sind hier Revolutionen doppelt mühsam zu erreichen, und es ist überhaupt fraglich, ob man mit einer solchen nicht einen zu hohen Kaufpreis bezahle, da ja die Entwicklung sowieso zur letzten Freiheit, die zugleich auch die größte Unterordnung bedeutet, führen muß."

„Natürlich!" fuhr hier Mabel auf. „So weit müßt Ihr vornehmen Edelanarchisten kommen, daß Ihr die Revolutionen bekämpft oder sie doch zum mindesten in Frage stellt! Als ob es sich jetzt darum handle, aus der kleinen Schweiz einen Kommunistenstaat zu machen des Selbstzweckes wegen. Was wäre denn damit gewonnen? Der Umsturz dieser alten Scheindemokratie ist nur ein Gliedlein in der großen Kette der Weltrevolutionen. — Nein, wenn ich diesen jungen Mann früher oder später dazu auffordern würde, sagen wir einmal den schweizerischen Bundespräsidenten zu erschießen, so muß er wissen, daß es im Interesse der Welterlösung geschieht und geschehen muß. — Würden Sie davor zurückschrecken, Billwanger?"

Kilian überwand einen Schauer im Rücken und sagte: „Gewiß nicht!"

„Das brauchen Sie auch nicht," fuhr Mabel leidenschaftlich fort, „denken Sie doch, wie diese Kapitalisten und Kleinbürger Ihrer Heimat Leute Ihrer Herkunft jahrhundertelang darniederhielten und entbehren ließen! Ist es denn etwas anderes als Gerechtigkeit, wenn die Heraufkommenden den Kleinbürger eine Zeitlang ebenso mißhandeln? Wer hat des Entrechteten Seele denn gemein und brutal gemacht, als eben der Kleinbürger und Kapitalist, indem er ihm eine bessere Herzensbildung vorenthielt? — Nein, nein, Billwanger, machen Sie sich kein Gewissen daraus, die Führer dieser eidgenössischen Bourgeoisie über den Haufen zu knallen! Ueberlegen Sie es sich noch einmal: ich lasse Ihnen drei Tage Zeit, und dann entscheiden Sie, ob Sie sich restlos und bedingungslos dem Komitee der Weltrevolution zur Verfügung stellen wollen. — Es ist möglich, daß ich schon in den nächsten Tagen Bericht erhalte: Fertig zur Welterplosion! Vorwärts."

Die Unterhaltung wurde noch eine Weile fortgesetzt. Schließlich brach man auf. Kilian hatte kaum bis zum Schluß seine Selbstbeherrschung bewahren können. Er begriff: er stak in einer Mausefalle. Es ging auf Leben und Tod. Ungeheuerliches verlangte man von ihm. Unter Umständen: den Bundespräsidenten zu ermorden! Wie kam er dazu? Was hatte ihm denn der zu Leid getan? Was kümmerte ihn die Politik? Was ging ihn das alles an? Kommunismus? Anarchismus? Das war ihm doch im Grunde alles sehr gleichgültig. Er verlangte weiter nichts, als daß man ihn in Ruhe ließ, und daß er gut zu leben hatte! — Gut zu leben? Das stand nun eben auf dem Spiel: Gut zu leben haben . . . Anarchist werden . . . Ließ er Mabel sein Nein wissen, er mache da nicht mit, so war er natürlich Croupier gewesen. Mit seinen fünftausend Franken im Monat war's dann vorbei. — Selbstverständlich! — Und auch mit Esther war's vorbei. Klar. Sie würde ihn verachten! — Und wie stand es mit seinen künftigen Einnahmen? Seinen Hoffnungen, seinen Träumen, seinem Luftschloß? Es versank im Nebel, erschien nud verging und verblaßte, das steinerne Haus, das sichere Haus an sonniger Straße . . .

(Fortsetzung folgt.)

1 600 000 Mark Großhandels-Zuckerpreis.

Der Preissteigerung der übrigen Lebensmittel folgt jetzt der Zucker mit gewaltigen Sprüngen. Die Hauptgeschäftsstelle des Zuckerverkehrs gibt bekannt: Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat den Fabrikpreis für Zucker auf 200 Millionen Mark je Doppelzentner, Basis Melis Magdeburg, festgesetzt. Die mit der Preisfestsetzung für den Großhandel beauftragte Kommission hat unter Zustimmung des Herrn Oberpräsidenten für die Provinz Brandenburg für die laufende Woche vom 10. bis 17. September einen Großhandelspreis von 320 700 000 M. je Doppelzentner Basis Melis, frei Haus Berlin, soweit nach den Bestimmungen der Handelskammer eine Ueberlandzuschlagsberechnung nicht in Frage kommt, bzw. für die Provinz: frei Haus des Einzelhändlers am Wohnort des Großhändlers errechnet, und zwar einschließlich Zuckersteuer.

Danach wird der Großhandelspreis für ein Pfund Zucker über 1 600 000 M. betragen.

Aufbauschule Neukölln.

Man schreibt uns:

Die Notiz in der Dienstagsnummer über „Schüleraufnahmen in zwei Aufbauschulen" hat vielfach den Anschein erweckt, als seien die genannten Aufbauschulen in der Inselstraße die einzigen ihrer Art. Demgegenüber erinnere ich an die Aufbauschule am Kaiser-Friedrich-Realgymnasium in Neukölln. Es handelt sich bei dieser, wie vielen Genossen noch unbekannt zu sein scheint, nicht nur um eine Anstalt mit besonderem sozialen Charakter, die Volksschüler ohne Fremdsprachenkenntnisse gleich in die Untertertia aufnimmt, sondern zugleich um eine Erziehungsstätte, die im Geiste modernster jugendgemäßer Pädagogik arbeitet. Jede Ostern eröffnet sie zwei neue Aufbauklassen. Michaelisklassen dürfen, wie in ganz Groß-Berlin, weder hier, noch an den Aufbauschulen in der Inselstraße neu aufgemacht werden.

Eine Belohnung von 30 Millionen Mark für die Ermittlung des Wüstlings, der die kleine Ingeborg Bartkowski ermordete, hat der Kaufmann Heinrich aus der Hollsteinischen Straße ausgesetzt. Falls der Täter nach Ablauf eines Jahres noch nicht ergriffen ist, soll das Geld, das bis dahin wertbeständig angelegt wird, den Eltern zufallen. Alle Mitteilungen nehmen die Kriminalkommissare Dr. Anuschat und Quoß im Zimmer 96 des Polizeipräsidiums entgegen.

Kaminski geisteskrank. Der Diebesgenosse des Hotel- und Pensionseinbrechers Karl Bernotat, Josef Kaminski, war, wie erinnerlich, im Herbst vorigen Jahres zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nach erfolgter Verurteilung waren Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit Kaminskis aufgetaucht. Auf Antrag der Verteidiger ist er in der Irrenanstalt Buch beobachtet worden, und das Gutachten lautet nunmehr dahin, daß Kaminski geisteskrank sei. Daraufhin ist nunmehr das Verfahren gegen Bernotat und Kaminski wegen der noch schwebenden zahlreichen Straftaten vorläufig eingestellt worden. Es handelt sich noch um mehr als 100 Einbrüche usw. Bernotat ist bekanntlich zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Kaminski wurde seiner Gemeingefährlichkeit wegen der Polizei übergeben und diese hat ihn jetzt in Wittenau untergebracht.

Caruso auf Wohnungssuche. In einem Vorortblatt des Berliner Ostens finden wir folgende Anzeige: „Opernsänger sucht möbliertes Zimmer gegen Bezahlung, vollständigen Gesangsunterricht und täglichen Logenplatz in allen Theatern." Da müßte doch ein ganzer Waschkorb voll Angebote einlaufen. Oder traut man dem großartigen Versprechen nicht recht? Täglich ein Logenplatz in allen Theatern umsonst! Da werden sich vor Neid über soviel Einfluß alle seligen Opernsänger im Grabe umdrehen.

Laubenkolonisten als Spender. In den letzten Tagen sind von Mitgliedern der an der Landsberger Chaussee gelegenen Laubenkolonie „Klein Landsberg" 50 der bedürftigsten Armen des Bezirksamtes Friedrichshain in dankenswerter Weise mit Gartenerzeugnissen, Talg und barem Gelde beschenkt worden. Ebenso haben am vergangenen Sonntag die Laubenkolonisten-Vereine Blumenfreunde und Freundschaft in der Schlichtallee in Lichtenberg an 20 invalide Männer und Frauen Kartoffeln je 10 Pfund, Gemüse, je 1 Ei, Kaffee oder Kakao, Fleisch oder Fett, Mehl, Reis, Zucker und je 1 Million Mark bar verteilt. Die fleißigen Lichtenberger hatten aber auch von dem mit Mühe gerodeten Stubbenholz verschenkt. Sowohl in der Landsberger Chaussee wie Lichtenberg war die Freude der alten Leute groß.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne veranstaltet in diesem und dem nächsten Monat in Groß-Berlin Ausbildungskurse, und zwar beginnen die Kurse überall abends pünktlich 7 Uhr. Der Besuch des ersten Lehrabends ist frei und unverbindlich. Die nächsten Kurse beginnen: Mittwoch, den 12. September: Tegel-Reinickendorf. Meldungen zunächst bei der Rettungsstelle, August-Müller-Str. 1. — Donnerstag, den 13. September: Tiergarten, Schule Bremer Str. 13/17, Friedrichshain, Schule Elisabethstraße 58, Schöneberg, Schule Feurigstraße 57, Friedrichshagen, Realgymnasium, Elisabethstraße 53, Hallesches Tor, Schule Bergmannstraße 60/65, Tempelhof Schule Königstraße, und Weißensee, Schule Rölckestraße. Freitag, den 14. September: Wedding: Schule Nudeplatzstr. 5/7. Am 5. September (zweiter Lehrabend 12. September) haben in Pankow, Jugendheim, Breite Straße, am 10. September in Treptow, Schule Wildenbruchstraße, und am 11. September in Berlin-Mitte, Schule Stallschreiberstraße 53/54, Charlottenburg, Leibniz-Oberrealschule, Schillerstraße 125/127, und Steglitz, Gymnasium, Heesestr. 15, Kurse bereits begonnen. Weitere demnächst beginnende Kurse werden wir noch mitteilen.

Englische Unterhaltungsabende. Interessenten werden hiermit eingeladen, an den an jedem Mittwoch um 8½ Uhr abends im Restaurant von Bähr, Berlin O. 17, Stralauer Allee, Ecke Warschauer Platz, stattfindenden Zusammenkünften des „English Conversational Club 1909" teilzunehmen.

Schweres Automobilunglück. Der Landwirt Ludwig Budde war mit seinem Sohne, von Ziethen kommend, im Automobil auf der Fahrt nach Anklam begriffen. Am Kreuzweg der Chaussee, die sich bis nach Greifswald und Lassan teilt, überholte der Wagen ein Fuhrwerk, das auch auf der Fahrt nach Anklam begriffen war. Vier Kinder liefen hinter dem Fuhrwerk her. Das Auto überfuhr zunächst die vier Kinder, von denen zwei schwer verletzt wurden, und raste dann gegen das Fuhrwerk, das vollständig in Trümmer ging.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

5. Kreis. Friedrichshain. Elternbeiräte! Donnerstag, den 13. September, Vollversammlung aller Elternbeiräte und Mitglieder der freien Schulgemeinschaft. Schule Petersburger Str. 4, abends 7 Uhr. Thema: „Kinderwohlfahrt und -Verschickung im Bezirk Friedrichshain". Interessierte Genossen sind eingeladen.

7. Kreis. Charlottenburg. Donnerstag, den 13. September, 7½ Uhr, bei Liersch, Kantstr. 62, Vollversammlung der Abteilungsobleute und aller Funktionäre der Beamtenwerbeausschüsse. Tagesordnung: „Wie fördern wir die Republikanisierung der Verwaltung." Ref.: Gen. Steiniger. Alle Abteilungen müssen vertreten sein.

14. Kreis. Neukölln. Donnerstag, den 13. September, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung aller sozialistischen Reichs-, Staats-, Kommunalbeamten und Lehrer in der Aula der Knaben-Mittelschule Donaustraße, rechter Flügel. Thema: „Republikanisierung der Verwaltungen als Grundlage für die Durchführung des Regierungsprogramms." Erscheinen jedes einzelnen Mitgliedes unbedingt erforderlich. Die Bezirksführer werden gebeten, am Zahlabend auf die Versammlung ausdrücklich aufmerksam zu machen.

Abteilungsmietervertreter! Freitag, den 14. September, 7 Uhr, Versammlung der Abteilungsmietervertreter von Groß-Berlin im Jugendheim Lindenstraße 3. Frage- und Diskussionsabend. — Die Kreisobleute laden die im Wohnungswesen ihres Bezirks tätigen Stadträte, Mitglieder der Wohnungsausschüsse und in den Wohnungsämtern tätigen Genossen besonders ein.

Heute, Mittwoch, den 12. September:

10. Abt. 7½ Uhr, Diskussions- und Zahlabend für das Hansaviertel, Kirch- und Thomasiusstr. bei Trümper, Flensburger Str. 3, alle übrigen Bezirke bei Mathes, Paulstr. 20.

13. Abt. Die Zahlabende fallen aus. Am 12. d. M. findet statt dessen eine gemeinsame Abteilungsversammlung, Bremer Str. 73, 8 Uhr, statt. Tagesordnung: Bericht vom Bezirkstag und Verschiedenes.

19. Abt. 7 Uhr, Zahlabende: Bezirke 805, 806, 813, 820, 809, 810, 811 und 812 Grune Schule, Gothenburger Str.: Bezirke 814, 815, 816, 817, 818 und 819 Schule Christianiastr.- Ecke Freienwalder Str.

22. Abt. Die Zeichnungslisten für die fünf Festkonzerte Winterhalbjahr 1923/24 liegt bis zum 14. September beim Gen. Wilh. Schmidt, Tegeler Str. 21, aus.

38. Abt. 7½ Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: Stadtbezirke 156 bis 158 bei Ballschmidt, Friedenstr. 96, Ref.: Gen. H. Müller, Bez. 160 bei Wax, Friedenstr. 53, 161 bei Rose, Gr. Frankfurter Str. 16, 189a bei Rosenberg, Langenbeckstr. 1, Ref.: Gen. Franke, 189b bei Albrecht, Straßmannstr. 41, 184 bis 188 und 193 bei Mogwitz, Barnimstr. 13, Ref.: Gen. Roth.

87. Abt. Marienfelde. 8 Uhr Zahlabend bei Schuster, Kirchstr. 68.

93. Abt. Neukölln. Die Abteilungsversammlung muß wegen Saalmangel ausfallen. Dafür am Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokal Günzel, Mareschstraße, wichtige Funktionärkonferenz. 1. Abrechnung, 2. Bericht vom Bezirkstag. Interessierte Genossen willkommen.

109. Abt. Friedrichshagen. 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Scholz, Friedrichstr. 81. Bericht vom Bezirkstag.

115. Abt. Lichtenberg. 7½ Uhr Zahlabend: 2. Gruppe bei Pieterreck, Jungstraße 20, 3. Gruppe bei Rodtke, Müggelstr. 28, 4. Gruppe bei Geipke, Kronprinzenstr. 47.

Morgen, Donnerstag, den 13. September:

95. Abt. Neukölln. 7½ Uhr im kleinen Saal der Kindl-Brauerei Abteilungsversammlung. Vortrag des Gen. Dr. Kurt Löwenstein über „Schulreform".

Jungsozialisten. Gruppe Neukölln. 7½ Uhr im städt. Jugendheim, Rogathstraße 53, Gruppenabend. Thema: „Unsere Winterarbeit", anschließend Diskussion über „Die Psyche der Geschlechter."

Frauenveranstaltungen:

5. Kreis. Friedrichshain. Freitag, den 14. September, 7 Uhr, Funktionärkonferenz bei Schmidt, Fruchtstr. 36. Alle Funktionärinnen (Agitation, Wohlfahrt, Kinderschutz) müssen erscheinen. Thema: „Unsere Winterarbeit."

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Reinickendorf-Ost. Donnerstag, den 13. September, wichtige Sitzung um 8 Uhr in der Säuglingsfürsorge, Hoppestraße. Alle interessierten Genossinnen sind eingeladen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

58. Abt. Charlottenburg. An den Folgen eines Unfalles starb am 5. September 1923 unser allseitig geachteter und hoffnungsvoller Parteigenosse Artur Neumann im Alter von 26 Jahren. — Die Einäscherung findet morgen, Donnerstag, den 13. September, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Preise und Löhne.

Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 11. 9.
(In tausend Mark)

Rindfleisch	10000—11000
Hammelfleisch	10000—12000
Kalbfleisch	9500—11000
Lebende Schleie	8000
" Karpfen	8000—9000
" Hechte	8500
Makrelen	3500
Grüne Heringe	1800—2000
Schmalz	13000—13500
Margarine	8000—9000
Butter	17000—18000
Talg	8000—9500
1 Ei	800—880
Kartoffeln (10 Pfd.)	1800
Zwiebeln	450—500
Tomaten	1600—2000
Birnen	1000—1600
Pflaumen	800—2000

Wochenlöhne in Berlin
(in tausend Mark)

Brauerei-u. Mühlenarbeiter vom 2. bis 9. 9.	64900
Kartonnagen- und Buchbinderlöhne v. 7. b. 13. 9.	82800
Ofensetzer vom 9. b. 15. 9.	101200

Am Fett- und Fleischmarkt ziehen die Preise weiter an

Jugendveranstaltungen.

Werbebezirk Neukölln. Morgen, Donnerstag, den 13. September, 7½ Uhr, findet in der Aula des Realgymnasiums Kaiser-Wilhelm-Str. 207 eine öffentliche Jugendversammlung statt. Thema: „Sittlichkeit und Kirche." Alle Genossen und Genossinnen der umliegenden Abteilungen sind dazu eingeladen.

Heute, Mittwoch, den 12. September:

Karlshorst. Jugendheim Gemeindeschule Auguste-Viktoria-Str. 48. Leseabend: Ernst Toller, „Die Maschinenstürmer". — **Rosenthaler Vorstadt.** Jugendheim Landgemeindehaus Sophienstr. 23. Fortsetzung der Mitgliederversammlung. — **Schöneberg III.** Jugendheim Schule im Lindenhof. Vortrag: „Der Weg zum Weltfrieden." — **Reichenberger Viertel.** Jugendheim Gemeindeschule Glogauer Str. 15. Vortrag: „Sexuelle Frage." — **Tempelhof.** Jugendheim Germaniastr. 6/7. Vortrag: „Arbeiterjugend — Religion — christliche Jugendvereine."

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband Eherechtsreform. Versammlung am Mittwoch, den 12. September, 8 Uhr, im Restaurant „Greiffenberger", Jerusalemer Str. 8 (oberer Saal). Tagesordnung: Referat des Verbandssyndikus Rechtsanwalt Dr. jur. Mendelsohn: „Der Stand unserer Ehereform."

Republikanischer Jugendbund Schwarz-Rot-Gold. Am Donnerstag, den 13. September, 7½ Uhr, findet eine Versammlung in den Kammersälen, Teltower Str. 3 (nahe Hallesches Tor) statt. Referent: Alfred Falk. Thema: „Meine Erlebnisse im Kriege (oder: wie ich Pazifist wurde)." Gäste willkommen.

Volksfeuerbestattungsverein. Freitag, den 14. September, 7 Uhr, in der Aula der Kirchnerschen Oberrealschule, NW., Zwinglistr. 2. Vorträge: derzeit Pfarrer Bleier: „Ist die Feuerbestattung ein Feind der Religion?" und Gen. Mildahn: „Praxis der Feuerbestattung" mit Lichtbildern. Der Vortrag Bleier: „Die faschistische Welle" findet nicht statt.

Longfellow English Decating Club. 7½ Uhr abends, Zahnarzthaus Bülowstr. 104, Hof rechts.

Arbeitersport.

Abschied der russischen Fußballspieler. Heute Mittwoch, den 12. September, nachmittags 5 Uhr, spielen die Russen mit einer Nord-Südmannschaft der M. S. B. das Abschiedsspiel. Kasseneröffnung nachmittags 4 Uhr. Eintrittspreis 500 000 Mk. Jugendliche gegen Organisationsausweis 100 000 M. Das Spiel findet statt auf dem Adlersportplatz Christianiastraße (Bahnhof Gesundbrunnen), Ecke Schulstraße.

Einen Box-Großkampfabend veranstaltet am Freitag, den 14. September, in Spandau, Zeitz Festsäle, Schützenstr. 2/4, der Arb.-Athletenbund, 4. Kreis. Es starten unter anderen Sagner, Ebel, Frank, Stotter, Wodke, E. Schulz, Winkler, Schaller und der erst vor kurzem übergetretene ehemalige Polizeimeister Ruck. Anfang der Kämpfe 8 Uhr, Kasseneröffnung 6½ Uhr. Alle Kämpfe gehen über 5 Runden.

Turn- und Sportverein „Fichte", Berlin. 13. September: Zusammenturnen der Männerturnwarte, Gräfestraße. 14. September: Sportabteilung „Hereska", Generalversammlung um 7 Uhr in der Fichtediele, Treptow. 16. September: 14. Männerabteilung, Riegenpartie, Treffpunkt am Stienitzsee, große Quelle, mittags 1 bis 2 Uhr.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 1. Kreis. Der Turnkursus für Männer- und Jugendturnwarte am 15./16. September muß umständehalber verschoben werden, nähere Mitteilungen im Kreismitteilungsblatt. — Technischer Kreisausschuß, Sitzung am 15. September, abends 7 Uhr, in der Geschäftsstelle Fichte, Köpenicker Str. 108. Die Bezirksturnwarte sind hierzu eingeladen.

Briefkasten der Redaktion.

A. W. Bülowstr. Kommen Sie in unsere Juristische Sprechstunde. — **M. K. Schulzendorferstr.** 24. 1. und 2. Nein. 3. Vom 15. 8. das 320 000fache. 4. 12,4 Millionen. — **O. M. 36.** ½. — **J. B. 23.** Die Unterhaltspflicht bleibt trotz Erwerbslosigkeit bestehen. Anspruch auf Steuerermäßigung haben Sie leider nicht. Versuchen Sie aber die Zulage zu erlangen. — **Angestellter.** 1. Die gesetzlichen Kündigungsfristen sind nicht einheitlich geregelt. Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Angabe der Art Ihrer Tätigkeit. 2. Ein Urlaub steht Ihnen nur dann zu, wenn Sie einen solchen mit dem Arbeitgeber vereinbart haben. 3. Eine bestimmte Zeit ist nicht vorgesehen. Täglich etwa 2 bis 3 Stunden. — **Ed. Sch. 98.** Die Mieterschutzbestimmungen finden auf Pachtverträge keine Anwendung. Suchen Sie sich mit dem Pächter zu verständigen. — **G. R.** Die Reparaturen gehören zu den laufenden Instandsetzungsarbeiten. Die Kosten sind aus den Zuschlägen für diese Arbeiten zu bezahlen.

Amtliche Devisenkurse.

	11. September		10. September	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländ. Gulden	25985000	26065000	19150000	20050000
1 argent. Pap.-Peso	21546000	21654000	16458750	16541250
1 belgischer Frank	3092250	3107750	2334150	2345850
1 norweg. Krone	10573500	10626500	8179500	8225000
1 dänische Krone	11970000	12030000	9177000	9223000
1 schwedische Krone	17556000	17644000	13466250	13533750
1 finnische Mark	1775550	1784450	1386525	1393475
1 japanischer Yen	31920000	32080000	24538500	24661500
1 italienische Lire	2912700	2927700	2234400	2245600
1 Pfund Sterling	299250000	300750000	229425000	230575000
1 Dollar	**66034500**	**66365500**	**50573250**	**50826750**
1 französisch. Frank	3790500	3809500	2848860	2863140
1 brasilian. Milreis	6384000	6416000	4927650	4952350
1 Schweizer Frank	11970000	12070000	9077250	9122750
1 spanische Peseta	8977500	9022500	6822900	6857100
100 österr. Kr. (gest.)	93765	94235	71620	71980
1 tschechische Krone	1975050	1984950	1516200	1523800
1 ungarische Krone	3491,25	3508,75	2892,75	2907,25
1 bulgarische Lewa	648375	651625	482790	485210
1 jugoslaw. Dinar	698250	701750	538650	541350

Wetter bis Donnerstag mittag. Zeitweise größtenteils trocken und vielfach heiter, in den Tagesstunden ziemlich warm bei mäßigen westlichen Winden. Später im Norden zunehmende Bewölkung und im Küstengebiet etwas Regen.

Wir kaufen auch kleine Posten ausgekämmte
Frauenhaare
einwandfreie Ware, und zahlen heute
12 Millionen Mark für das kg
für graue ein Drittel
Haarverwertung A.-G., Belle-Alliance-Pl. 12 I

Man braucht keine Seife mehr
Verlangen Sie überall **KEFF** das ideale Waschmittel
Man braucht nichts weiter, Keff allein gibt reine Wäsche. Verkaufsstellen führen Plakate. Engros bei
Bruno Schmidt, Palisadenstraße 18
Für Grossisten ab Lager Gneisenaustraße 61
Fernruf: Moritzplatz 7888 3235b

Verkäufe

Nähmaschinen, Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Maschinen mit Garantie nur bei Fischer, Potsdamerstraße 163, Nollendorf 8682. Eigene Reparaturwerkstatt.

Tafelwagen, Dezimalwagen, Gewichte preiswert. Auswahl. Wagner, Köpenickerstraße nur 71, Hof.

Federhandwagen, Leiterwagen, Rollkarren, Einzelteile. Fabrik, Dresdenerstraße 35.

Qualitätsteppiche, aus allen Fabrikabschlüssen stammend, gebe zu Originalengrospreisen an Selbstverbraucher ab. Schulz, Körnerstraße 6, an der Lützowstraße. Mengenabgabe vorbehalten.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Auf Kredit moderne Herrenanzüge, Taillenmäntel, Cutaways, Maßverarbeitung, beste Zutaten. Bequeme, diskrete Teilzahlung. Leiser Gottlieb, Nollendorfstraße 22a. Hochbahnhof Nollendorfplatz. 9—12, 3—7.

Leihhaus Brunnenstraße 5 verkauft in anerkannt maßmäßiger Verarbeitung: Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Damenmäntel, Sportpelze, Gehpelze. Riesenauswahl, konkurrenzlos billig. Keine Lombardware.

Große Vorteile in neuen sowie wenig getragenen Jackettanzügen, Paletots, Schlüpfern und Gummimänteln bietet Ebners Monatsgarderobenhaus, Brunnenstraße 41, am Rosenthaler Tor. Auch Verleih von Gesellschaftsanzügen.

Damen-Leibwäsche gut und billig. Wäsche- und Stickerei-Industrie A. G., Große Frankfurter Straße 9.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Ulster, Paletots, Sportpelze, Gehpelze, Katzenjacken, Sealmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse, Blaufüchse, Wölfe zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Feinste Modellanzüge, in eigenem Atelier hergestellt, beste Stoffe in allen Farben zu konkurrenzlos billigen Preisen. Pusemen, Kantstr. 5, Bahnhof Zoo.

Pelzwaren-Teilzahlung liefert Pelzwarenfabrik Lallis, Ilse-Wartenbergstraße 11 I, Nahe Bahnhof Tiergarten, 9—7 geöffnet.

Pelzwaren-Gelegenheiten: alle Arten Füchse und Pelzmäntel. Pelzhaus Spitzer, Kommandantenstraße 27, Laden.

Kreuzfüchse, Wolfziege, Prachtexemplare, sämtliche Pelzarten, spottbillige Sommerpreise. Anzüge, Gummimäntel, Paletots bekannt billig. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203/204, Ecke Rosenthalerstraße.

Seidenstrümpfe, repassiert, von 400 000, Füßlinge gratis. Nauschke, Alexandrinenstraße 46.

Bettwäsche. Diese Woche staunend billige Ausnahmetage in Bettbezügen und Bettlaken. Handtücher, Wäschestoffe, Tischtücher, Lakenstoffe, Damaste, Streifsatin, bunte Bezüge, fertige Inlette usw. zu konkurrenzlos billigen Preisen. Massenauswahl. Nur gute Qualitäten. Mengenabgabe vorbehalten. Wäsche- und Stickerei-Industrie-A.-G., Große Frankfurter Str. 9.

Möbel

Metallbetten, Chaiselongues, 68 000 000 an. Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett. Meicke, Auguststr. 22a, Quergebäude.

Möbel Teilzahlung komplette Zimmer, Einzelmöbel, Metallbetten Wenger, Marsiliusstraße 8 (Alexanderplatz).

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Lipf, Brunnenstraße 35.

Kaufgesuche

Fahrradankauf, Freilaufräder, höchstzahlend. Brückner, Gitschinerstraße 28.

Pianos sucht Voigt, Neukölln, Sonderstraße 30.

Pianos kauft Karfiol, Dresdenerstraße 54. Moritzplatz 128 65.

Pianos, Flügel kauft zu höchsten Tagespreisen Pianomagazin. Barbarossaplatz 2. Nollendorf 5897.

Fahrradankauf, höchsten Tageskurs. Wunsch persönliche Abholung. Dresdenerstraße 120. Moritzplatz 3730.

Spulendrähte, isolierte, blanke; Kupferkabel, Motoren, Fassungen kauft Hinz, Elsasserstraße 17. Norden 4666.

Fellankauf, Ziegen, Zickel, Kanin, Roßhaare, Schafwolle, Maulwürfe, Kalbfelle. Waldenburgerstraße 2. Alexander 1857. Händler Extrapreise.

Säckeankauf Gollnowstr. 9.

Säckeankauf, Nähgarn. Swinemünderstraße 7. Humboldt 489.

Wäschenäherinnen erhalten für Neuweiß 500 000.— pro Kilo. Rosenzweig, Markusstraße 5. Königstadt 7837.

Metallschmelze, Neanderstraße 35 (nur im Laden), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Höchste Rekordpreise für Mauserpistolen 7,63 mit Anschlagkasten, sowie andere automatische Pistolen, Handwaffen, Leuchtpistolen, Fernrohre, Prismengläser, Feldgraue 98 kauft Klemich, Schwinerstraße 2, Ecke Hasenheide, Sprechzeit 8—12, 4—8.

Billardbälle, Elfenbein, kauft Dinger, Prinzenstr. 73.

Fahrräder, Motorräder, Autozubehör, Kugellager, kauft höchstzahlend Pilz, Stettinerstr. 56.

Geschäftsankäufe

Dringend sucht für Kassakäufer Geschäfte, Grundstücke Degen, Chausseestraße 116, Norden 62. Postkarte. Vertreterbesuch unverbindlich.

Autozubehör

Zündkerzen, Glühbirnen kauft Adler, Friedrichsgracht 5—6.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Autozubehör kauft Goldbem, Schönhauser Allee 127.

Kugellager, Boschzündkerzen, Magnete, Vergaser kauft Mechanische Werkstatt, Gartenplatz 5.

Maschinen, Werkzeuge, Kugellager kauft Lindemann, Reinickendorferstraße 26.

Motor, Schellack, Leim, Tischlerwerkzeug, Tischlereimaschinen kauft Ernst, Oranienstr. 186, III.

Kugellager kauft höchstzahlend Elbingerstraße 9 (Ringbahnhof Landsbergerallee).

Unterricht

Modetanzkursus, 18. September, Anfängerkursus 26. September, Privatunterricht jederzeit. Stellmacher, Tempelhofer Ufer 1a, Hallesches Tor. Lützow 3267.

Verschiedenes

Gewissenhafte Untersuchung. Hebamme Hildesheim, früher Eckel, Bülowstraße 62.

Vertrauensvolle Auskunft Frauen, Mädchen, langjährige Erfahrung, ärztlich geprüft. Wolff, Wiener Straße 20, drittes Portal, II.

Frau Schwarz, Schönleinstraße 25, erklärt Herrn Peter Bernßnski für einen Ehrenmann und bedauert ihre Handlungsweise. 3283b

Verlorenen Paß auf meinen Namen vom Russischen Konsulat Berlin, Nr. 371, erkläre ungültig. Tichomiroff.

Geldverkehr

Sofort Geld, Ratenrückzahlung, durch Plügner, Große Frankfurterstraße 141.

„Vorwärts"-Austrägerinnen
werden sofort eingestellt
Berlin, Baerwaldstr. 47
" Bastianstr. 7
" Carmen-Sylva-Str. 57, Gillmann
" Greifenhagener Str. 22
" Immanuelkirchstr. 24
" Lausitzer Platz 14/15
" Petersburger Platz 4
" Wattstr. 9
" Wilhelmshavener Str. 48
Adlershof, Walter, Genossenschaftsstraße 6 part.
Baumschulenweg, Köpke, Kiefholzstraße 180
Buchholz: zu melden bei Wagner, Blankenburg, Burgwallstr. 63
Charlottenburg, Sesenheimer Str. 1
Cöpenick, Kietzer Str. 6, Laden
Friedrichshagen, Hoffmann, Kurze Straße 1
Lichtenberg, Wartenbergstr. 1
" II, Boxhagener Str. 62
Mariendorf, Leip, Chausseestr. 29
Marienfelde, Greulig, Berliner Straße 143
Neukölln, Neckarstr. 2
" Siegfriedstr. 28/29
Niederschöneweide, Schindler, Fennstr. 23
Reinickendorf-Ost, Provinzstr. 56
Reinickendorf-West, Scharnweberstraße 114/15
Schöneberg, Belziger Str. 27
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 13